

# Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TUR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 31. Juli 1964

Blatt 2050

Gesperrt bis zum Schluß der Gemeinderatssitzung:

Rückschau auf fünf Jahre Wiener Gemeinderat  
=====

Die Abschlußrede von Bürgermeister Franz Jonas

31. Juli (RK) Zum Abschluß der heutigen Gemeinderatssitzung, der voraussichtlich letzten vor den Neuwahlen am 25. Oktober, gab Bürgermeister Jonas eine großangelegte Rückschau auf die letzten fünf Jahre. Der Bürgermeister führte aus:

"Der Gemeinderat geht in die Sommerferien. Möglicherweise war die heutige Sitzung die letzte vor den Neuwahlen im Herbst dieses Jahres. Lassen Sie mich diesen Anlaß benützen, um auf die zu Ende gehende Wahlperiode des Wiener Gemeinderates einen kurzen Rückblick zu halten und seine Tätigkeit zu würdigen. Dieser Rückblick kann, verglichen mit den großen Leistungen während der vergangenen fünf Jahre, begreiflicherweise nur ein lückenhafter sein, aber er soll uns doch die Gewißheit geben, daß dieser Gemeinderat seine Wahlperiode mit dem Gefühl innerer Genugtuung über die vollbrachten Leistungen beenden kann.

Als am 11. Dezember 1959 dieser Gemeinderat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat, versuchte ich in meiner Antrittsrede die wichtigsten Aufgaben für die bevorstehende fünfjährige Arbeitsperiode so zu umreißen, wie sie sich aus der damaligen Schau darstellten. Meine Antrittsrede schloß ich mit folgenden Sätzen ab: 'Der neugewählte Gemeinderat steht vor einer Arbeitsperiode, die ihm große Leistungen und Verpflichtungen abverlangen wird. Sie werden verbunden sein mit einer Reihe von Leistungen, die der Gemeinderat im Interesse der Entwicklung unserer Vaterstadt von allen unseren Mitbürgern verlangen muß. Ich bin überzeugt, daß die Liebe der Wiener zu ihrer Vaterstadt sie weiterhin befähigen wird zu dem großen Verständnis und zur Fortsetzung der umfangreichen Leistungen, die besonders nach dem Krieg den Ruf Wiens in der Welt neuerlich begründet haben. Wien und die Wiener haben sich wieder Achtung er-

./.

rungen durch die großen Erfolge beim Wiederaufbau ihrer kriegszerstörten Stadt, durch ihre Treue zur Demokratie und durch ihre großen kulturellen und sozialen Leistungen. Wir wollen weiterhin Pioniere des kulturellen und sozialen Fortschritts sein und wollen hierfür alle Schichten unseres begabten und fleißigen Volkes gewinnen. Und vielleicht werden wir, wenn wir in unserem eigenen Hause demokratische Ordnung halten, für Jugend und Alter sorgen und den sozialen Frieden bewahren, ein bescheidenes Beispiel geben für das Zusammenleben der Völker, für die internationale Verständigung und für den Frieden in der Welt.'

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß der Gemeinderat heute ohne Übertreibung sagen kann, daß die jetzt zu Ende gehende Wahlperiode sich von diesen Gedanken leiten ließ, seine Aufgaben durch richtungweisende Beschlüsse in demokratischer Zusammenarbeit erfüllte und unseren Mitbürgern ein Optimum an wirtschaftlicher Sicherheit und kulturellem und sozialem Fortschritt ermöglichte.

In diesen Bemühungen haben wir im Vergleich zu den vorhergehenden Wahlperioden einen günstigen Ausgangspunkt bekommen, und zwar durch die Verwirklichung des fünfjährigen Finanzausgleichs, der allen österreichischen Gebietskörperschaften, somit auch unserer Stadt, die Planung mehrjähriger Aufgaben wesentlich erleichterte.

Am Beginn dieser Funktionsperiode entschlossen sich die beiden großen Parteien dieses Hauses - wie in den vorhergehenden Perioden - wieder zur gemeinsamen Arbeit, die sich im großen und ganzen in erfolgreicher Weise bewährte und eine Zusammenarbeit der gesamten Bevölkerung zur Folge hatte. Dieses demokratische Zusammenleben und Zusammenarbeiten war die Grundlage für die großen Erfolge und hat das Verantwortungsbewußtsein der übergroßen Mehrheit unserer Bevölkerung gestärkt. Dieses Verantwortungsbewußtsein wollen wir pflegen, damit sich der Wiener Gemeinderat auch in Zukunft darauf stützen kann.

Mit großer Aufmerksamkeit mußten wir uns mit den räumlichen Entwicklungsproblemen unserer Stadt auseinandersetzen. Die Veränderungen innerhalb der baulichen Struktur und der Bevölkerungsstruktur in unserer Stadt gehen weiter. Die inneren Bezirke können sich dem Prozeß der City-Bildung nicht entziehen, die Wohngebiete rücken immer weiter an die Peripherie der Stadt, womit die Aufgaben der

technischen und sozialen Erschließung ganzer Bezirksteile zu einem dringenden Problem geworden sind. Diese Entwicklung durfte nicht planlos vor sich gehen, sondern mußte mit einer städtebaulichen Aktivierung jener Gebiete verbunden werden, wo wegen der räumlichen Verhältnisse noch ein großzügiges Planungskonzept verwirklicht werden kann. In diese Gebiete sollen alle vorhandenen Tendenzen der wirtschaftlichen Erschließung und der Wohnbesiedlung hingelenkt werden. Es handelt sich hauptsächlich um die Gebiete in Favoriten und Liesing, in Floridsdorf und Donaustadt. Natürlich brachte das Aufgaben mit sich, die die Stadtverwaltung noch sehr viele Jahre beschäftigen und außerordentlich hohe finanzielle Mittel erfordern werden. Mit der Inangriffnahme dieser Arbeiten werden die genannten Bezirke in jeder Hinsicht aufgewertet und einer rascheren Entwicklung teilhaftig, die ihnen wegen der beiden Weltkriege bisher versagt geblieben ist.

Auf gleicher Ebene bewegten sich die jahrelangen Bemühungen Wiens um eine Erhöhung des Anteiles an den Bundesstraßen. Hier nahm das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau eine starr ablehnende Haltung ein. Mein oftmaliger Protest gegen die ungerechte Behandlung Wiens wurde als grundlos bezeichnet. Nun ist hier insofern eine Wandlung zum Besseren eingetreten, als der Nationalrat mit seiner EntschlieÙung vom 11. Dezember 1963 dem Handelsministerium ausdrücklich bestätigte, daß das Bundesland Wien auf dem Gebiete des Straßenwesens benachteiligt ist, auch wenn zwei Verbindungsstücke zwischen West- und Südautobahn vom Bund übernommen werden. Der Anteil Wiens am Bundesstraßennetz hat sich dadurch nur um einen Bruchteil erhöht. Die Forderung Wiens nach Beseitigung des Unrechts bleibt daher weiterhin aufrecht.

Wir waren uns auch der großen kulturellen und geistigen Aufgaben bewußt, die sich unserer Stadt stellen. Ihre Rolle als eines der großen europäischen Kulturzentren kann nur dann beibehalten werden, wenn sie immer wieder neue Leistungen vollbringt und sich an neuen Aufgaben bewährt. Die kulturelle und geistige Ausstrahlungskraft unserer Stadt darf sich nicht auf Wien und Österreich beschränken, ihr Wirkungsfeld soll auch künftighin weit über unsere Grenzen hinausgehen. Deshalb haben wir neben den berechtigten materiellen Forderungen, die der Gemeinderat zu erfüllen hatte, auch viele Bedürfnisse und Wünsche unseres geistigen Lebens berück-

sichtigt. Das Echo, das von draußen zu uns kommt, ist erfreulich und ermutigend, es bestärkt uns in der Auffassung, daß Wiens alter Kulturboden auch in Zukunft neue Talente und Schöpfungen hervorbringen wird. Ich glaube heute feststellen zu dürfen, daß Wien die große Gefahr der Isolierung, die durch seine Lage an der Scheidelinie zwischen West und Ost gegeben war, endgültig überwunden und vollen Anschluß an das internationale Leben gefunden hat.

So können wir mit großer Genugtuung feststellen, daß in den vergangenen fünf Jahren neuerlich eine erfreuliche Entwicklung des Fremdenverkehrs zu verzeichnen war. In der Saison 1959/60 hatten wir 1,666.000 Ausländerübernachtungen, und in der vergangenen Saison waren es 1,970.000. Eine noch schönere Entwicklung stellen wir bei der Frequenz des Flughafens Wien-Schwechat fest. Im Jahre 1959 wurden 279.000 an- und abreisende Passagiere gezählt, im vergangenen Jahre schon 602.000.

Neben dem allgemeinen Aufschwung unseres Fremdenverkehrs tragen zu dieser erfreulichen Entwicklung zwei Einrichtungen besonders bei: die Wiener Festwochen, die sich in der vordersten Reihe der internationalen Festspiele behaupten, und die Wiener Internationale Messe, die ebenfalls zu den bedeutendsten Veranstaltungen ihrer Art in Europa zählt und die sich trotz der großen Veränderungen in der internationalen Wirtschaft auf ihrem Posten ausgezeichnet behauptet. Der Ruf Wiens als Kongreßstadt nimmt erfreulicherweise ständig zu. Die Anziehungskraft auf internationale Veranstaltungen führt zu einer von Jahr zu Jahr steigenden Zahl von Kongressen. Während es im Jahre 1959 121 Kongresse waren, konnten wir im vergangenen Jahr bereits 158 Kongresse und Tagungen in Wien aufnehmen. Seit dem Jahre 1959 fanden 749 Kongresse der verschiedensten Größen und Arbeitsgebiete statt, die sowohl in organisatorischer als auch in gesellschaftlicher Hinsicht sehr erfolgreich verliefen. Die Vorschau auf die kommende Kongreßsaison zeigt uns, daß wir weiterhin in der Gunst der internationalen Vereinigungen stehen, was uns zu weiteren großen Leistungen anspornen soll.

Ich will nun den Versuch machen, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, an Hand einiger statistischer Angaben die Leistungen der städtischen Einrichtungen in der ablaufenden Funktionsperiode darzustellen, aber auch gleichzeitig nachzuweisen, wie sich die

wirtschaftliche Tätigkeit in unserer Stadt insgesamt ausgeweitet hat. Wir können daraus unschwer die Verbesserungen in der Lebenshaltung der Bevölkerung und die günstigeren Grundlagen für die Entwicklung unserer Wirtschaft feststellen. Meine Zahlen beziehen sich aber nicht nur auf direkte Aufgabenbereiche der Stadt Wien.

Der Verbrauch an elektrischem Strom stieg von 1.809 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1959 auf 2.395 Millionen im Jahre 1963. Im gleichen Zeitraum stieg der Gasverbrauch von 514 Millionen Kubikmeter auf 706 Millionen. Die Wasserabgabe betrug im Jahre 1959 143 Millionen Kubikmeter und im vergangenen Jahre bereits 165 Millionen. In diesen drei Verbrauchszahlen ist vielleicht am allerdeutlichsten die Vergrößerung unserer Wirtschaftskapazität und gleichzeitig auch die Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung zu erkennen. Einen gleichen Beweis für die Steigerung des Lebensstandards - allerdings mit umgekehrten Vorzeichen - liefert uns ein Bericht über die Müllabfuhr in unserer Stadt. Im Jahre 1959 mußten 760.000 Kubikmeter abgeführt werden, im Jahre 1963 waren es bereits 1,060.000 Kubikmeter, die allerdings schon zum Teil in die neue Müllverbrennungsanlage wanderten.

Und nun noch einige andere Zahlen. Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hatte im Jahre 1959 einen Einlagenstand von 3.928 Millionen Schilling, im vergangenen Jahre betragen die Einlagen bereits 8.680 Millionen. Im Jahre 1959 hatte die Städtische Wechselseitige Versicherungsanstalt 2,453.000 Versicherungsfälle mit 598 Millionen Schilling Prämieeinlagen, im Jahre 1963 waren 3,009.000 Versicherungsfälle mit 1.006 Millionen Schilling Prämien. Die Versicherungsleistungen stiegen im gleichen Zeitraum von 262 Millionen Schilling auf 484 Millionen.

Ein erfreuliches Zeichen der besonderen Lebens- und Wirtschaftskraft unserer Stadt erblicke ich in den Zahlen, die uns den Stand der Beschäftigten anzeigen. Das Landesarbeitsamt Wien meldete für den April 1960 einen Gesamtstand von 757.000 Beschäftigten, wobei damals schon alle Arbeitskraftreserven ausgeschöpft schienen. Trotzdem stieg diese Zahl noch weiterhin an und im April 1964 verzeichneten wir einen Gesamtbeschäftigtenstand von 767.000. Hierzu noch die entsprechenden Zahlen über die Bewegung der Arbeitslosen. Im April 1960 waren 21.093 Arbeitssuchende gemeldet, während es 13.223 im April 1964 waren. Ohne sich einer Überheblichkeit schuldig

zu machen, dürfen wir feststellen, daß zu dieser günstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt die Investitionstätigkeit und Arbeitsbeschaffungspolitik der Wiener Gemeindeverwaltung außerordentlich viel beiträgt. Es verdient besondere Erwähnung, daß durch die gezielten Aktionen der Gemeinde Wien auf dem Bausektor unsere Stadt den relativ niedersten Stand an Winterarbeitslosigkeit hat.

Als einen Maßstab besonderer Art bezeichne ich die Entwicklung der Geburtenzahlen in Wien. In ihr widerspiegeln sich am deutlichsten die gesteigerte Zukunftshoffnung der Bevölkerung und der Wille zum Kind. Die jährliche Geburtenzahl stieg von 16.394 im Jahre 1959 auf 20.082 im Jahre 1963. Mit voller Absicht stelle ich den Geburten die motorisierten Fahrzeuge gegenüber. Ende 1959 gab es in Wien 231.000 Kraftfahrzeuge, ihre Zahl stieg bis Ende 1963 auf 306.000 einschließlich Mopeds.

Und nun zu einem anderen Kapitel. Die Stadt Wien beschränkt sich nicht darauf, allein die durch Gesetze vorgeschriebenen Aufgaben zu erfüllen. Sie versucht durch Förderungsmaßnahmen und Kredite den Willen zur Selbsthilfe in der Bevölkerung zu verstärken, und zu diesem Zweck hat sie einige Aktionen eingeführt. In Zusammenarbeit mit dem Handelsministerium und mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien wurden Kredite zur Instandsetzung und Modernisierung gewerblicher Betriebe vergeben, für die die Gemeinde Wien neuerlich fünf Millionen Schilling beisteuerte. Für eine zweite Aktion zugunsten gewerblicher Unternehmungen wurde ein Betrag von 86,3 Millionen zur Verfügung gestellt und für Landwirtschaftsbetriebe fünf Millionen Schilling. Für die Modernisierung der Wiener Kinos wurden Kredite in der Höhe von 11,5 Millionen und für die Hotelbetriebe 15,5 Millionen Schilling bewilligt. Für die Modernisierung von Wiener Gast- und Schankbetrieben wurde im Zusammenhang mit der Getränkesteuer eine neue Kreditaktion ins Leben gerufen, für die bisher ein Betrag von 42 Millionen Schilling bewilligt wurde. Einer besonderen Beliebtheit erfreuen sich die Kredite zur Verbesserung der Wohnungen in Wiener Althäusern. Hierfür wurden 76,9 Millionen Schilling bewilligt. Die Gasgeräte-Aktion, die von der Gasgemeinschaft durchgeführt wird, hat noch immer einen großen Zuspruch. Es wurden Kredite in der Höhe von 296,8 Millionen Schilling gegeben.

Den Umfang unserer städtischen Verwaltung kann man nur dann richtig beurteilen, wenn man ihre Leistungen von verschiedenen Ausgangspunkten und auf verschiedenen Arbeitsgebieten betrachtet. Ich will diese Methode anwenden und jene Ausgaben anführen, die sich auf ihre wichtigsten Aufgabengebiete beziehen. Vorerst Ausgaben, die der Bevölkerung unmittelbar zugutekommen und die zeigen, daß im Mittelpunkt aller unserer Überlegungen das Wohl unserer Mitbürger steht: Für das Gesundheitswesen wurden 5.282 Millionen Schilling ausgegeben, die Ausgaben für das Fürsorgewesen belaufen sich auf 3.347 Millionen und für das Schulwesen auf 1.126 Millionen.

In engem Zusammenhang damit sind die Bemühungen der Gemeinde zu verstehen, durch eine planmäßige und wohlüberlegte Investitionstätigkeit die Vollbeschäftigung der Wiener Wirtschaft herbeizuführen. Ich habe schon vorhin angeführt, daß die Entwicklung auf dem Wiener Arbeitsmarkt eine durchaus günstige ist. Hören Sie, meine sehr geehrten Mitglieder des Wiener Gemeinderates, welchen Betrag die Gemeinde hierfür erbracht hat. Es wurden 12.556 Millionen Schilling für die Arbeitsbeschaffung aufgewendet, von denen allein dem Baugewerbe und den Baunebengewerben 11.353 Millionen zugeflossen sind. Dazu kommen noch die Investitionsaufträge der Stadtwerke in der Höhe von 4.642 Millionen Schilling, die ebenfalls unserer Wirtschaft zugute gekommen sind. Wir sind bei der Planung der Investitionen nicht von der Absicht ausgegangen, mit ihnen irgendwelche Gelegenheitsarbeiten durchzuführen, nur zu dem Zweck, um die Arbeitslosenzahlen zu senken. Wir sind vielmehr von der wirtschaftlich richtigen Überlegung ausgegangen, daß mit diesen Ausgaben wertevermehrende Einrichtungen geschaffen werden, die gleichzeitig eine Modernisierung unserer Stadt mit sich bringen und sich somit für die gesamte Bevölkerung vorteilhaft auswirken. Wir haben aber immer wieder darauf Wert gelegt, jeden unnützen Aufwand zu vermeiden und sparsam zu wirtschaften, um die Steuerwilligkeit unserer Mitbürger nicht zu mißbrauchen.

Diese unsere Absichten haben in Fachkreisen Anerkennung gefunden. Das Institut für Finanzwissenschaft und Steuerrecht hat in einer wissenschaftlichen Abhandlung im November 1963 folgende Feststellung gemacht, die wir mit großer Genugtuung zur Kenntnis nehmen.

'Im einzelnen verdienen in Österreich der Gemeindedienst (vor allem Wien), die Finanz- und Justizverwaltung sowie die Post-

und Telegraphenverwaltung eine einigermaßen gute Zensur ... Wien kann möglicherweise überhaupt als ein Modellfall für eine sparsame, zweckmäßige und produktive Verwaltung gelten. (Zwischen 1950 und 1962, als Länder und übrige Gemeinden ihren Personalstand ständig erhöhten, und zwar um mehr als 25 Prozent, hat die Gemeinde Wien ihr Personal sogar leicht verringert. Ganz im stillen hat Wien damit für eine "Verwaltungsreform" einen echten Beitrag geleistet.)'

Im Rahmen meines zeitlich begrenzten Berichtes ist es leider nicht möglich, der unerhörten Fülle von Leistungen gerecht zu werden, die während der vergangenen fünf Jahre in allen Verwaltungszweigen der Gemeinde Wien erbracht wurden. Ich kann nur versuchen, eine allgemeine Übersicht zu geben, und aus einigen besonders wichtigen Arbeitsbereichen die Ergebnisse bekanntgeben.

Für unsere Kinder wurden 27 Kindertagesheime mit 121 Gruppen erbaut, wodurch sich die Zahl der Säuglingskrippen, Kindergärten- und Hortgruppen auf 670 erhöht. Zur Bewältigung der Schulprobleme wurden acht Schulen und vier Schulpavillons errichtet, weitere drei Schulgebäude sind gegenwärtig im Bau. Die in der vorhergehenden Arbeitsperiode des Gemeinderates begonnene Modernisierung der alten Schulgebäude wurde fortgesetzt und praktisch abgeschlossen, und zwar wurden 64 Schulgebäude durch Renovierung den modernen Bedürfnissen angepaßt. Die Anzahl der Kinderfreibäder wurde von 28 auf 32 erhöht. Der Bestand an Sportplätzen, Jugend- und Ballspielplätzen wurde um 67 vermehrt. Leider muß ich in diesem Zusammenhang mitteilen, daß es manchesmal schon außerordentlich schwierig ist, für solche Zwecke die notwendigen Grundflächen bereitzustellen.

Es ist eine der vordringlichen Aufgaben der Gemeindeverwaltung, für möglichst viele Grünflächen im verbauten Teil der Stadt und für Erholungsmöglichkeiten im erweiterten Sinne des Wortes vorzusorgen. Die in der vergangenen Arbeitsperiode vorgenommenen großen Grundankäufe konnten glücklicherweise in der jetzigen Periode fortgesetzt werden. Es ist gelungen, seit 1960 3,116.000 Quadratmeter im Wald- und Wiesengürtel beziehungsweise im Erholungsgebiet um den Betrag von 35,4 Millionen Schilling zu erwerben.

Damit werden neuerlich große Erholungsflächen in ihrem Bestand geschützt und ein weiterer Riegel gegen die wilde Verbauung vorgeschoben. Die innerstädtischen Garten- und Parkanlagen erfreuen sich bei unserer Bevölkerung weiterhin großer Beliebtheit und wir

sind auch wieder in der Lage gewesen, die Grünflächen zu vermehren. Es sind 78 neue Gartenanlagen mit einem Flächenausmaß von 1,239.000 Quadratmeter hinzugekommen, wobei natürlich der neue Donaupark auf dem ehemaligen Müllablagerungsgelände Bruckhausen und Brettldorf alles Andere in den Schatten stellt. Die Wiener Internationale Gartenschau 1964 ist zu einem Sammelpunkt der europäischen Blumen-gärtner geworden. Sie hat als bisher größte Gartenschau Europas eine erfreulich große Anziehungskraft auf die Besucher aus dem In- und Ausland bewiesen. Die öffentlichen Gärten Wiens finden eine wertvolle Ergänzung durch die Grünflächen in unseren städtischen Wohnhausanlagen. Sie wurden um 130 Wohnhausgärten mit einem Ausmaß von 670.000 Quadratmeter vermehrt.

Die Modernisierung unserer Stadt schreitet nicht nur oberirdisch, sondern auch unterirdisch fort. Die zuständige Magistratsabteilung meldet, daß Kanalneubauten in einer Länge von 88 Kilometer und Umbauten und Instandsetzungen von 19 Kilometer durchgeführt wurden. Die Straßenbauabteilung meldet den Neubau und Umbau von 12,310.000 Quadratmeter Straßenflächen und Gehsteigen. Die Brückenbauabteilungen haben ihre Arbeiten ebenso erfolgreich vorwärtsgetrieben, sie berichten über den Neu- und Umbau von 36 Brücken. In den Bereich beider Abteilungen fallen Verkehrsbauwerke von so großen Ausmaßen, wie sie nie vorher in der Geschichte unserer Stadt durchgeführt wurden. Wahrscheinlich haben die meisten Wiener schon vergessen, daß die Errichtung der großen Fußgängerpassagen entlang der Ringstraße, also beim Schottentor, an der Bellaria, an der Babenbergerstraße, in diese Berichtsperiode fällt, und gestern hatte ich die große Freude, die neue Albertina-Passage ihrer Bestimmung übergeben zu können. In diesem Zusammenhang sollen auch die anderen Verkehrsbauwerke Erwähnung finden, die nach einem großen Konzept eine bessere Verbindung der inneren Stadtteile mit dem Gebiet am linken Donauufer ermöglichen sollen. Das Kernstück dieses Konzeptes ist der Umbau der Nordwestbahnbrücke in eine Straßenbrücke, und eine dazugehörige Verlängerung durch eine Donaukanalbrücke. Unweit davon entstand die Verbindung des Döblinger Gürtels durch ein Brücken- und Straßensystem mit der Floridsdorfer Brücke. Die Arbeiten an diesen großen Verkehrsbauwerken, die gleichzeitig auch einen Anschluß an die Donaukanalschnellstraßen haben werden, werden voraussichtlich noch im

Herbst beendet sein, und dadurch wird eine fühlbare Verkehrs-erleichterung in einem wichtigen Teil unserer Stadt erzielt werden.

Hier sollen auch die bereits weit vorgeschrittenen Vorarbeiten für den verbesserten Hochwasserschutz von Wien kurze Erwähnung finden. Gegenwärtig wird an einem großen Modellversuch in der Freudenau eine Art Generalprobe für die geplanten großzügigen Schutzbauten abgehalten.

Zu einem der wichtigsten Aufgabengebiete wurden in der Berichtsperiode wieder wertvolle Beiträge geleistet. Ich spreche vom Wohnbauprogramm der Gemeinde. Die Gemeinde hat mit einem Aufwand von 3.189 Millionen Schilling 20.290 Wohnungen erbaut, womit sich die Zahl der im Rahmen des kommunalen Wohnbauprogramms nach dem zweiten Weltkrieg erbauten Wohnungen auf 77.400 erhöht hat. Dieser Wohnungsbestand entspricht ungefähr einer Bevölkerung von der Größe der Stadt Graz, der zweitgrößten Stadt Österreichs.

Mit diesem eigenen Wohnbauprogramm hat sich die Gemeindeverwaltung aber nicht zufrieden gegeben. Sie hat auch durch andere Methoden die Wohnungsschwierigkeiten bekämpft. Durch großzügige Gewährung von Krediten wurden die Möglichkeiten für den Bau von genossenschaftlichen Wohnungen und Eigenheimen verbessert. Mit diesen Zuschußkrediten wurde die Erbauung von 27.880 Wohnungen ermöglicht, und zwar: Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds 9.900, Wohnbauförderung 1954 7.980, Neue Wiener Wohnbauaktion 10.000, ergibt zusammen mit der eigenen Bauleistung der Gemeinde Wien 48.160 Wohnungen.

Aber auch mit der Förderung von Genossenschafts- und Eigenheimbauten hat die Gemeinde Wien ihre Bemühungen nicht erschöpft. Wie in den früheren Jahren hat sie weiterhin zinsfreie Darlehen für die Instandhaltung von privaten Wohnhäusern gewährt. Diese Darlehen wirken sich zugunsten der Hausbesitzer und der Mieter aus, da die verhältnismäßig hohen Bankzinsen eingespart werden können und somit die Mietzinse eine erträgliche Höhe erreichen und der Wert der Wohnhäuser außerdem verbessert wird. Im Berichtszeitraum wurden - einschließlich der Darlehen für Kanalanschlüsse - 652,400.000 Schilling solcher zinsfreier Darlehen an den privaten Wiener Hausbesitz vergeben.

Im Zusammenhang mit unseren Bemühungen um die Linderung der Wohnungsnot muß ich leider berichten, daß die alte Forderung nach Erlassung eines Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes auch in der jetzigen Wahlperiode nicht durchgedrungen ist. Diese Tatsache ist um so betrüblicher, als die Berechtigung dieser Forderung von niemandem bestritten wird und alle zuständigen Kreise von der Notwendigkeit eines solchen Gesetzes überzeugt sind. Diese Überzeugung hat auch in einigen Regierungserklärungen bereits Ausdruck gefunden. So hat Bundeskanzler Raab in seiner Regierungserklärung vom 4. Juli 1956 wörtlich gesagt: 'Insbesondere ist die Ausarbeitung eines modernen Assanierungsgesetzes notwendig ...' In seiner Regierungserklärung vom 17. Juli 1959 hat Bundeskanzler Raab folgendes angekündigt: 'Gegen den Wohnungswucher und die Wohnungsablösen müssen gesetzliche Regelungen angestrebt werden. Des weiteren soll ein Bodenbeschaffungsgesetz und ein Assanierungsgesetz beschlossen werden.' Als Bundeskanzler Dr. Gorbach am 19. April 1961 sich dem Nationalrat vorstellte, sprach er sich in seiner Regierungserklärung für die Verwirklichung der in der Regierungserklärung vom 17. Juli 1959 vorgesehenen Maßnahmen ausdrücklich aus. Obwohl also konkrete Erklärungen der Regierungen vorliegen, ist es bisher zu einer Einlösung dieser Zusagen leider nicht gekommen. Es ist eine Tragik, daß die dringend notwendige Beschlußfassung über ein Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz mit anderen Problemen gekoppelt wurde, die damit in keinem sachlichen, sondern nur in einem politischen Zusammenhang stehen. Leider sind dadurch kostbare Jahre verlorengelassen und die Bemühungen des Österreichischen Städtebundes im Interesse aller österreichischen Städte bisher nutzlos gewesen. Die Gemeindeverwaltungen sind weiterhin der Bodenspekulation und anderen Behinderungen ausgesetzt und sollen gegenüber der Bevölkerung eine Verantwortung tragen, für die sie nicht zuständig sind. Ich richte deshalb heute an die Bundesregierung und an den Nationalrat den dringenden Appell, wenigstens im Zuge der im Gang befindlichen Verhandlungen über die Regelung der Wohnungsprobleme auch die Erlassung eines Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes vorzunehmen.

Unsere Mitarbeiter, die Bediensteten der Stadt Wien, wollen wir über allen materiellen und sachlichen Problemen, die ich nun stichwortartig behandelt habe, nicht vergessen. So wie die aufrichtigsten Absichten des Gemeinderates ohne Wirkung blieben, würde auf Seite der Bevölkerung das Interesse und das Verantwortungsgefühl für die Aufgaben der Stadtverwaltung fehlen, so würden auch die besten und schönsten Beschlüsse nicht verwirklicht werden können, würden wir uns nicht auf die große Arbeits- und Verantwortungsfreude der städtischen Bediensteten stützen können. Für den öffentlich Bediensteten besteht ein besonderes Vertrauensverhältnis, weil die Gemeinschaft seiner Mitbürger sein Arbeitgeber ist. Das bringt es mit sich, daß hier mehr als anderswo der Grundsatz von Treue und Vertrauen zu gelten hat. Die Gemeinde setzt von allen Bediensteten voraus, daß sie ihre Arbeitskraft nach bestem Wissen und Können einsetzen. Dafür können aber die städtischen Bediensteten von der Gemeindeverwaltung erwarten, daß ihr Dienst- und Gehaltsrecht nach bestem Wissen und Können gestaltet wird. Der Wiener Gemeinderat kann in dieser Beziehung mit Genugtuung sagen, daß das demokratische Dienstrecht für die Gemeindebediensteten ein Optimum darstellt, und daß die Lösung der Gehalts- und Pensionsfragen so verständnisvoll vorgenommen wird, wie es mit Rücksicht auf das Gesamtinteresse der Gemeindeverwaltung möglich ist. Ich kann hier auf die etappenweise Erhöhung der Gehälter und der Zulagen während der Berichtsperiode hinweisen, die Einführung von Ergänzungszulagen zu den Ruhegenüssen, die Erhöhung der Ruhegenüßbemessungsgrundlage auf 80 Prozent des letzten Bezuges, die Gewährung von Zusatzurlauben für Versehrte und die Überleitung des Dienstverhältnisses der Kindergärtnerinnen vom Land Wien zur Gemeinde Wien. Gerade heute wurden wieder zwei weitreichende Beschlüsse gefaßt, die ab 1. August eine neuerliche Erhöhung der Bezüge um vier Prozent oder mindestens um 80 Schilling vorsehen, ebenso die Erhöhung der großen Haushaltszulage von 100 Schilling auf 150 Schilling. Für die Zeit ab 1. Jänner 1965 wird die Erhöhung des Mindesturlaubes der städtischen Bediensteten von 14 auf 18 Werktagen und das Höchstausmaß des Erholungsurlaubes von derzeit 28 bis zu 32 Werktagen vorgenommen.

./.

Es ist unsere feste Absicht, das vertrauensvolle Verhältnis zwischen Verwaltung und Personal mit Hilfe der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten so zu gestalten, daß die Gemeindeverwaltung sich bei allen ihren Aufgaben immer auf das Personal der Gemeinde Wien stützen und verlassen kann.

Wenn ich nun Gelegenheit hatte, Ihnen, meine Damen und Herren, und damit allen unseren Mitbürgern, in knapper Form über eine so erfolgreiche Wahlperiode des Gemeinderates und der Gemeindeverwaltung zu berichten, so bin ich mir bewußt, daß trotz aller guten Absichten eine Reihe von Aufgaben nicht gelöst oder nicht zu Ende geführt werden konnte, und daß in der Zwischenzeit neue Bedürfnisse auftauchten, deren Lösung ebenfalls noch in Angriff genommen werden muß. Aber die Tatsache, daß es dem Gemeinderat nicht möglich war, alles zu lösen, soll unsere Freude an den überaus großen Erfolgen nicht verkleinern, dafür aber das Vertrauen in die Zukunft vergrößern. Freuen wir uns doch, daß die Bilder des Schreckens und der Zerstörung, die von der älteren Generation bis an ihr Lebensende nicht mehr vergessen werden können, im Leben der Gegenwart nirgends mehr sichtbar sind, sondern daß unsere Stadt beherrscht wird von einem pulsierenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben und von vielen Zeichen der Verbundenheit unserer Stadt mit der internationalen Entwicklung. Diesen erfreulichen Zustand danken wir dem rastlosen, zielbewußten und energischen Arbeitswillen aller unserer Bevölkerungskreise.

Wir alle sind von unseren Tagespflichten so in Anspruch genommen, daß wir immer eines besonderen Anlasses bedürfen, um die Entwicklung in einem längeren Zeitraum zu überblicken. Mein heutiger Bericht soll ein solcher Anlaß sein, der uns die unerhörte Fülle der großen und kleinen Leistungen in Erinnerung bringen soll, die vom Jahre 1960 bis 1964 vollbracht wurden. Den Unterschied zwischen dem Beginn und dem Endpunkt können wir uns bildhaft am besten dadurch vorstellen, wenn wir alles wegdenken, was in diesen fünf Jahren an Neuem entstanden ist. Denken Sie die neuen Wohnhausanlagen weg und alle Einrichtungen für unsere Kinder und für unsere Alten, die als Kindergärten, Spielplätze, Schulen, Bäder oder als Altersheime, Altenwohnungen und Spitäler geschaffen wurden. Streichen Sie aus Ihrem Gedächtnis die Fußgängerpassagen entlang der Ringstraße, die Brücken

und die großen Verkehrsbauwerke. Vergessen Sie das Internationale Studentenhaus, das Schulheim für körperbehinderte Kinder in Mauer, die Ausflugsrestauration Bellevue, die Kinderfreibäder, die vielen Gartenanlagen und vergessen Sie auch den großen Donaupark. Stellen wir uns vor, daß es kein Strandbad Alte Donau und keine neuen Kinderfreibäder in Strebersdorf, Kagran, Inzersdorf und Penzing gibt, und ebenso die umfangreichen Erweiterungsbauten des Wilhelminenspitals, die heuer noch ihrer Bestimmung übergeben werden können. Dazu gehört auch das Schwesternwohnhaus im Rudolfsplatz, und die fünf neuen Volksheime und Volkshochschulen, das Planetarium und das Haus der Jugend im 8. Bezirk und jenes im 5. Bezirk, vergessen wir das Haus der Begegnung im 6. Bezirk und das neue pädagogische Institut in der Burggasse und das wiedergeborene Theater an der Wien. Stellen wir im Geiste den Betrieb der Schnellbahn ein, der unter sehr wirksamer finanzieller Hilfe der Stadt Wien ermöglicht und im Jänner 1962 eröffnet wurde. Streichen wir aus unserem Gedächtnis die großen Verkehrsbauwerke im Bereiche Brigittenau-Floridsdorf und an der Hietzinger Brücke, das Kraftwerk Simmering, die Umspannwerke in Heiligenstadt, Ottakring, Leopoldau, Penzing, Stadlau, Favoriten und Liesing und die Unterwerke Hauptzollamt und die Schaltanlage Südost in Favoriten. Streichen wir die Autobusbetriebsgaragen Favoriten und Ottakring, die Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig, und den Gasbehälter auf dem Wienerberg. So haben wir uns im Geiste in das Jahr 1960 an den Beginn dieser Wahlperiode zurückversetzt, und so wird uns erst recht bewußt, welche Fortschritte erreicht wurden, um wieviel unsere Stadt schöner und reicher geworden ist und welche neuen sozialen und kulturellen Erlebnismöglichkeiten für unsere Bevölkerung geschaffen wurden. So kommen wir aber auch zu der Erkenntnis, daß die Verantwortungsbereitschaft und die Zusammenarbeit unserer Mitbürger zu solch großen Erfolgen für unsere Heimatstadt geführt hat.

Die fünfjährige Wahlperiode geht in einigen Wochen zu Ende. Diesen Anlaß will ich dazu benützen, im Namen des Wiener Gemeinderates allen unseren Mitbürgern für ihr Verständnis, für ihre Verantwortungsfreudigkeit und für ihre Mitarbeit herzlich zu danken und sie zu bitten, diese schönen Eigenschaften auch weiterhin ihrer Heimatstadt zu bewahren. Den Damen und Herren der

Presse, des Rundfunks und des Fernsehens danke ich für ihre Mitarbeit, die uns sehr geholfen hat, die Verwaltungsprobleme unserer Millionenstadt unseren Mitbürgern näher zu bringen.

Ihnen, meine sehr geehrten Mitglieder des Gemeinderates, danke ich als Bürgermeister, weil Sie, von Ihren politischen Grundsätzen ausgehend, immer nach bestem Wissen und Gewissen und mit dem vollen Einsatz Ihrer Persönlichkeit für die Interessen unserer Stadt und der Wiener Bevölkerung gewirkt haben. Ich wünsche Ihnen, daß Sie gerne an diese arbeitsreiche und erfolgreiche Wahlperiode zurückdenken und daß Sie sich mit mir glücklich fühlen, in einer Periode mitgearbeitet zu haben, die, durch große und dauernde Schöpfungen ausgezeichnet, zu den erfolgreichsten in der Geschichte unserer Stadt zählt.

Mein Dank gilt aber auch den anderen gewählten Körperschaften unserer Gemeindeverwaltung, und zwar den Bezirksvertretungen und an ihrer Spitze den Bezirksvorstehern. Sie sind der verlängerte Arm der zentralen Instanzen. Sie geben uns die Möglichkeit, den Kontakt mit unseren Mitbürgern besonders enge zu gestalten und durch Besorgung lokaler Agenden die zentralen Stellen zu entlasten. Ich will auch gerne bezeugen, daß viele neue Schöpfungen auf direkte Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen zurückgehen, die damit einen aktiven Anteil an den Erfolgen und Fortschritten der Gemeindeverwaltung verzeichnen können.

Meine Damen und Herren! Bis zur nächsten Sitzung beziehungsweise bis zur Einberufung des neugewählten Gemeinderates werden unaufschiebbare Verfügungen vom Stadtsenat gemäß § 99 der Verfassung der Stadt Wien beziehungsweise von mir gemäß § 93 der Verfassung getroffen werden, wobei selbstverständlich die nachträgliche Zustimmung des Gemeinderates eingeholt werden wird.

Damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich wünsche Ihnen, meine Damen und Herren, angenehme Ferien und gute Erholung! Die Sitzung ist geschlossen."

- - -

Neuer Leiter der Bau-, Feuer- und Gewerbepolizei  
=====

31. Juli (RK) Heute früh wurde der bisherige Leiter der Magistratsabteilung 36, das ist die Bau-, Feuer- und Gewerbepolizei für die Bezirke 1 bis 9 und 20, Senatsrat, Dipl.-Ing. Wagner verabschiedet, der in den Ruhestand tritt und sein Nachfolger ins Amt eingeführt.

Zu der kleinen Feier hatten sich in der Kalvarienberggasse 33 Personalstadtrat Bock, Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller und hohe Beamte der Stadtverwaltung eingefunden. Stadtbaudirektor Koller würdigte die Verdienste von Senatsrat Wagner, der nach 37jähriger Tätigkeit im Dienst der Gemeinde Wien aus seinem Amt scheidet. Dr. Koller begrüßte den neuen Leiter der Magistratsabteilung, Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Titze-Ehr, der, wie er sagte, alle Voraussetzungen für sein neues Amt mitbringt, und überreichte ihm das Ernennungsdekret.

Stadtrat Bock erinnerte an die zahlreichen personellen Revirements des Jahres 1964 und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die jüngere Generation die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen möge. Stadtrat Bock bezeichnete es als sein besonders Anliegen, daß die Beamten der Stadtverwaltung sich stets um ein gutes Verhältnis zur Wiener Bevölkerung bemühen. Wenn diese Aufgabe bei der Baupolizei auch besonders undankbar erscheint, dürfe doch auch diese Abteilung nie auf die menschliche Seite ihrer Tätigkeit vergessen.

Stadtrat Bock überbrachte dem scheidenden und dem neuen Leiter der Baupolizei auch die herzlichen Glückwünsche von Bürgermeister Jonas.

Anschließend sprach ein Vertreter der Gewerkschaft und der Beamten der Magistratsabteilung, worauf Senatsrat Dipl.-Ing. Wagner in bewegten Worten von seinen Mitarbeitern Abschied nahm.

Dipl.-Ing. Titze-Ehr dankte in seiner Antrittsrede der Stadtverwaltung und seinem Amtsvorgänger und versicherte, seine Abteilung zum Wohl der Allgemeinheit als "Bewilligungs-" und nicht als "Versagungsabteilung" führen zu wollen.

Die nächsten Führungen durch die Ausstellung "Wien um 1900"

=====

in der Zeit vom 3. bis 9. August

31. Juli (RK)

Secession:

Künstlerhaus:

Mo 3. August: 18.00 Uhr, Prof.Dr.Ellenberger	Dr.Heribert Hutter
Di 4. August: 18.00 Uhr, Dr. Ernst Köller	Eva Zeithammer
Mi 5. August: 10.30 Uhr, Dr.Heribert Hutter	Eva Zeithammer
18.00 Uhr, Dr.Heribert Hutter	Dr. Ernst Köller
Do 6. August: 18.00 Uhr, Prof.Dr.Ellenberger	Eva Zeithammer
Fr 7. August: 18.00 Uhr, Eva Zeithammer	Dr. Heribert Hutter
Sa 8. August: 10.30 Uhr, Dr.Heribert Hutter	Prof.Dr.Ellenberger
18.00 Uhr, Prof.Dr.Ellenberger	Dr.Ernst Köller
So 9. August: 10.30 Uhr, Monika Neubauer	Artur Rosenauer
18.00 Uhr, Artur Rosenauer	Dr. Elisabeth Mensa

- - -

Entfallende Sprechstunden

=====

31. Juli (RK) In der Zeit vom 3. bis 21. August entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für das Wohlfahrtswesen, Maria Jacobi.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

31. Juli (RK) Montag, 3. August, Route 5 mit Flughafen Schwechat, Schweizer Garten, Aufforstung Laaer Berg sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Sitzung des Wiener Landtages  
=====

31. Juli (RK) Unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek trat der Wiener Landtag heute vormittag zu seiner letzten Sitzung in dieser Wahlperiode zusammen. Es lagen vor: eine Anfrage der KLS, sowie eine Anfrage der ÖVP an den Landeshauptmann, betreffend "Sanierung der Landesgesetze". Zu dieser Anfrage wurde die Verlesung und die Debatte über den Gegenstand beantragt. Der Landtag wird sich vor Schluß der Sitzung damit befassen.

Hierauf gedachte der Vorsitzende des kürzlich verstorbenen Abgeordneten und Gemeinderates Senatsrat Dr. Carl Freytag.

Auf Vorschlag der ÖVP wurde der Abgeordnete Dr. Weninger zum Mitglied des Immunitätskollegiums gewählt.

Vier Prozent Gehaltserhöhung

Stadtrat Bock (SPÖ) referierte den Entwurf der 24. Novelle der Besoldungs- und Dienstordnung der städtischen Bediensteten, der eine vierprozentige Erhöhung der Bezüge, eine Erhöhung der großen Haushaltszulage und Urlaubsverlängerungen vorsieht. Stadtrat Bock wies darauf hin, daß dies die 8. Novelle dieser Legislaturperiode des Landtages zum Dienst- und Besoldungsrecht sei. In der ablaufenden Wahlperiode sind Erhöhungen der Bezüge zwischen 23 und 45 Prozent und wesentliche Verbesserungen der Pensions- und Urlaubsansprüche erreicht worden.

Abg. Maller (KLS) bezeichnete die vorgesehenen Erhöhungen der Bezüge und des Urlaubsausmaßes als unzulänglich. Die Lebenshaltungskosten seien im ersten Halbjahr 1964 bereits um einen höheren Prozentsatz gestiegen als die Erhöhung ausmache. Auch bleibe eine Benachteiligung der Pensionisten bestehen. Die Kommunisten seien auch mit ihrem Verlangen nach Erhöhung des Urlaubes um sechs Werkzeuge für alle nicht durchgedrungen. Ferner müsse der Unterschied zwischen großer und kleiner Haushaltszulage aufgehoben werden. Dennoch werde seine Fraktion der 24. Novelle ihre Zustimmung erteilen.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) erklärte bezüglich der Gehaltsaufbesserung, es sei diesmal für die Gemeindebediensteten kein Vorteil gewesen, die Gehaltsverhandlungen mit dem gesamten öffentlichen Dienst gemeinsam zu führen. Bei getrennten Verhandlungen wäre es den Gemeindebediensteten leichter gewesen, einen früheren Auszahlungstermin zu erreichen.

Leider wurde eine Valorisierung der Kinderzulagen, die seit fast acht Jahren unverändert 100 Schilling betragen, auch diesmal unterlassen.

Der Redner begrüßte die Erstreckung des Urlaubsausmaßes auf drei, vier und fünf Wochen und erklärte dazu, die nunmehrige Regelung könne dem Bund und den anderen Ländern und Gemeinden als Vorbild dienen. Vielleicht muß man aber diese Verbesserung auf das Konto der kommenden Herbstwahlen buchen.

Schließlich stellte Dr. Hirnschall einen Abänderungsantrag, wonach der Grundsatz "Krankheit unterbricht Urlaub" sofort - und nicht erst mit 1. Jänner 1965 - gelten soll.

Abg. Kabesch (ÖVP) bezeichnete diese Dienstrechtsnovelle als bedeutsamen Schritt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Gemeindebediensteten. Der ÖAAB habe sich stets für diese Verbesserungen eingesetzt und entsprechende Vorarbeit geleistet.

Das hervorstechendste Merkmal ist der Mindesturlaub von drei Wochen. Dieser Fortschritt legt allerdings den Beschäftigten gewisse Verpflichtungen auf, weil derzeit vielfach nicht einmal der bisherige Urlaubsanspruch konsumiert werden kann. Es wird vom Verantwortungsbewußtsein und der Einsatzbereitschaft der Bediensteten selbst abhängen, ob der erhöhte Urlaubsanspruch in der Praxis ohne größere Schwierigkeiten erfüllt werden kann und nicht nur auf dem Papier bleibt.

Leider ist der Zusatzurlaub für die einer besonderen Gesundheitsgefährdung ausgesetzten Beamten noch nicht befriedigend gelöst, da der Gesamturlaub für sie 32 Tage nicht überschreiten darf.

Das Problem der Teilzeitbeschäftigung wird immer aktueller. Mit Befriedigung ist festzustellen, daß die von der ÖVP mehrfach verlangte Möglichkeit der Halbtagsbeschäftigung für weibliche Gemeindebedienstete insofern erfüllt wurde, als sich die Gemeinde entschlossen haben soll, vor allem für den Reinigungs- und Küchendienst

in den Krankenanstalten halbtätig arbeitende Frauen heranzuziehen.

Zu bedauern ist hingegen, daß der Zusatzurlaub für Versehrte weiterhin eine Kann-Bestimmung bleibt und keinen absoluten Anspruch darstellt.

Die ÖVP hätte es für zweckmäßig erachtet, die Gehaltserhöhung gleich dazu zu benützen, für die sozialen Berufsgruppen ein eigenes Gehaltsschema zu schaffen, um von den Zulagen wegzukommen, die nicht auf die Pension anrechenbar sind.

Abg. Weisz (SPÖ) befaßt sich zunächst mit den Einwänden seiner Vorredner und erklärt, was Abgeordneter Kabesch heute hinsichtlich des Zusatzurlaubes verlangt hat, haben nicht einmal die ÖAAB-Vertreter in der Gewerkschaft gefordert. Wir würden den anderen empfehlen, daß sie nicht nur wegen der bevorstehenden Wahlen heute auf einmal ihr Herz für die Gemeindebediensteten entdecken. Gerade die Sozialisten haben in den letzten fünf Jahren bewiesen, daß sie in der Lage sind, eine Besserstellung der Wiener Gemeindebediensteten zu erreichen. (Beifall bei der SPÖ.) Jetzt auf einmal ist auch die Volkspartei dafür, daß Krankheit den Urlaub unterbricht. Aber bereits vor 14 Jahren haben das die Abgeordneten der Sozialistischen Partei, Böhm und Hillegeist, verlangt, damals ist das an dem Widerstand der Volkspartei gescheitert.

Mit der heutigen Regelung ist wieder ein Schritt vorwärts getan. Und obwohl die Urlaubsbestimmung für Invalide eine Kann-Bestimmung ist, gibt es keinen einzigen Bediensteten, dem dieser Zusatzurlaub nicht gewährt wurde. Es kommt nicht auf die Bestimmung an, sondern auf die Auslegung und die Praxis, und da dürfen gerade wir Sozialisten sagen, daß die sozialistische Gemeindeverwaltung auch hier Schrittmacher ist. Auch die Forderung des Gewerkschaftsbundes hinsichtlich der Urlaubsdauer ist voll erfüllt, wir haben den Drei- Vier- und Fünf-Wochen-Urlaub eingeführt. Wahrscheinlich sind wir mit dieser Urlaubsregelung Schrittmacher für sämtliche arbeitenden Menschen Österreichs. Die soziale Einstellung der Sozialisten in dieser Stadtverwaltung ist beispielgebend, und die Wiener Gemeindebediensteten werden das auch entsprechend würdigen. (Beifall bei der SPÖ.)

In seinem Schlußwort empfiehlt Stadtrat Bock, Gemeinderat Dr. Hirnschall möge seinen Antrag zurückziehen, da er sonst die Ablehnung

beantragen müßte, weil es in der Praxis sowieso schon so gehandhabt wird. Was den Personalmangel anlangt, wird zwar allgemein erklärt, man müsse die Dienst attraktiver gestalten, aber niemand sagt, wie er sich das vorstellt. Würde man die Gehaltsansätze anheben, würde der Konkurrenzkampf mit der Privatwirtschaft sofort neu beginnen, wobei sich die Privatwirtschaft die Erhöhungen beider Preisen sofort hereinholen würde, während die öffentliche Hand ihre Tarife nicht ständig erhöhen kann. Immerhin ist es besser, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen, als mit Massenarbeitslosigkeit. Jedenfalls ist die Gemeindeverwaltung ständig bemüht, die Situation der öffentlich Bediensteten zu verbessern, wie das auch mit dieser 24. Novelle geschieht. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung erhält der FPÖ-Antrag nicht die nötige Unterstützung. Die Novelle wird daraufhin in der vorgelegten Fassung einstimmig angenommen.

#### Grenzänderung

Hierauf beschließt der Landtag nach einem Bericht von Stadtrat Sigmund (SPÖ) ohne Debatte eine geringfügige Änderung der Grenze zwischen dem 21. und 22. Bezirk.

#### Anfrage der ÖVP

Schließlich gelangt die eingangs erwähnte Anfrage der ÖVP zur Behandlung. In der Anfrage wird ausgeführt, daß durch einen Spruch des Verfassungsgerichtshofes eine ganze Reihe von Wiener landesgesetzlichen Bestimmungen von Anfechtungen bedroht ist. Die Anfragsteller sehen bei der derzeitigen Situation den einzigen Ausweg darin, daß durch eine bundesverfassungsgesetzliche Regelung die verfassungswidrigen Gesetze saniert werden. Sie richten daher an den Landeshauptmann die Anfrage, ob er bereit ist, im Einvernehmen mit der Landesregierung alle Maßnahmen zu treffen, damit die derzeit von der Aufhebung bedrohten Landesgesetze durch einen generellen Akt des Bundesverfassungsgesetzgebers saniert werden.

Abg. Dr. Habl begründete sodann ausführlich seine Anfrage. Er verwies auf die Vorgeschichte der gegenwärtigen Situation, die zahlreiche einfache Landesgesetze, aber auch Landesverfassungsgesetze sowie viele Verordnungen und Erlässe, unter denen auch Abgabenvorschriften sind, mit der Aufhebung bedroht. Eine Reihe von Landes-

gesetzen, die durch das sogenannte vereinfachte Verfahren zustande gekommen sind, sind bereits angefochten worden. Aus grundsätzlichen Erwägungen ist die ÖVP Fraktion gegen ein rückwirkendes Verfassungsgesetz, das die bedrohten Gesetze sanieren könnte. Auch die Möglichkeiten, alle Gesetze noch einmal beschließen zu lassen, oder sie en bloc zu Landesverfassungsgesetzen zu erklären, sind aus praktischen und grundsätzlichen Erwägungen nicht gangbar. Die einzige Lösung wäre der Erlass eines Bundesverfassungsgesetzes, durch das die sanierungsbedürftigen Gesetze als ordnungsgemäß kundgemacht bezeichnet werden. Eine diesbezügliche Anregung enthält ein Brief des Bundeskanzlers an alle Landeshauptleute sowie eine Entschliebung der oberösterreichischen Landesregierung. In diesem Sinne möge auch der Wiener Landeshauptmann die nötigen Maßnahmen zur Sanierung der bedrohten Landesgesetze ergreifen.

Präsident Marek gibt bekannt, daß die Antwort auf diese Anfrage auf schriftlichem Wege erfolgen wird. Die Tagesordnung des Wiener Landtages ist damit erledigt.

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates  
=====

31. Juli 1964 (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat im Anschluß an den Landtag der Wiener Gemeinderat zusammen, um in seiner voraussichtlich letzten Sitzung vor den Wahlen eine Rekordtagesordnung zu erledigen. 231 Geschäftsstücke standen auf dem "Programm" des Gemeinderates, dem damit die umfangreichste Tagesordnung seit 1945 vorlag.

ÖVP und SPÖ hatten je eine Anfrage eingebracht. Die Anträge: von der FPÖ, betreffend "die Wiedererrichtung der Straßenbahnhaltestelle der Linie J neben dem Parlament"; von der KLS, betreffend "Ausbau der Hauskrankenpflege und Heimhilfe", sowie betreffend "Verbesserung der Straßenbeleuchtung in einem Teil des 22. Gemeindebezirkes", sowie betreffend "Beseitigung der Unzukömmlichkeiten bei der neueingeführten Fahrkartenabrechnung der Schaffner"; von der ÖVP, betreffend "jährliche Berichterstattung über die Abwicklung der Wiener Wohnbauaktion 1964", sowie betreffend "Befreiung von der Vergnügungssteuer für kulturell wertvolle Filme" sowie betreffend "kostenlose Ausbildung der Schüler(innen) an den städtischen Schulen für den medizinisch-technischen Fach- und Laboratoriumsdienst", sowie betreffend "Wasseruntersuchung der Alten Donau" sowie betreffend "Maßnahmen zur Lösung von Erholungsproblemen für die Wiener". Alle Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Die FPÖ brachte eine Anfrage an den Bürgermeister, betreffend "Preisexzesse auf der Wiener Internationalen Gartenschau 1964" ein. Dazu wurde der Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt. Darüber wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt.

Neue Gemeinderätin

Anstelle des verstorbenen Gemeinderates Dr. Freytag wird Erika Welei (ÖVP) als Ersatz-"mann" angelobt.

Auch in den Gemeinderatsausschuß für Personalangelegenheiten und in die Gemeinderätliche Personalkommission wurde Gemeinderat Erika Welei als Mitglied gewählt.

Schulbau Pfeilgasse

GR. Gertrude Sandner (SPÖ) referierte über den Bau einer achtzehnklassigen Volks- und Hauptschule in der Pfeilgasse, der 29 Millionen Schilling kosten soll, wovon zwei Millionen Schilling noch in diesem Jahr verwendet werden.

GR. Dr. Jakl (SPÖ) dankte als Josefstädter den Stadträten und der Gemeindeverwaltung für den Bau dieser schönen und modernen Schule. Obwohl die Zahl der Bevölkerung in diesem Bezirk zurückgeht, steigt die Zahl der Volksschüler, und es herrscht tatsächlich ein Mangel an Schulen. Die vorhandenen Schulen sind sehr alt und entsprechen nicht mehr modernen Grundsätzen. Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß diese Schule die Tradition der Schule in der Albertgasse fortsetzen werde, wo die Glöckel'sche Schulreform ihre Probe bestanden hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

"Haus der Begegnung" in Floridsdorf

Berichterstatter GR. Planek (SPÖ) vertrat den Antrag auf Errichtung eines "Hauses der Begegnung" in der Angererstraße in Floridsdorf.

GR. Ing. Hofmann (SPÖ) begrüßte es, daß mit diesem "Haus der Begegnung" in das künftige Floridsdorfer Zentrum ein neuer Baustein und großer Tragpfeiler eingefügt wird. Im Erdgeschoß sind Vortrags- und Gesellschaftsräume, im ersten Stock Büroräume für die Kulturorganisationen, im zweiten und dritten Stock Räume für die Volkshochschule und eine Zweigstelle der Musikschule der Stadt Wien vorgesehen. Der Plan berücksichtigt auch den Wunsch, den Theaterbetrieb in einem Außenbezirk zu ermöglichen. Das "Haus der Begegnung" soll allen politischen Parteien und allen kulturellen Vereinigungen eine freie Betätigungsmöglichkeit gewährleisten und somit ein Haus der demokratischen Begegnung sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Beschlußfassung erfolgte einstimmig.

Förderung für Kleingärtner

GR. Fürstenhofer (SPÖ) legt den Antrag vor, für Beiträge zur Förderung der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter 70.000 Schilling zu genehmigen.

GR. Hausner (KLS) ist der Ansicht, daß dieser Betrag im Hinblick auf den Umfang der Förderung viel zu gering ist. Da es sich um 330 Vereine mit 44.300 Mitgliedern handelt, käme praktisch nur 1,85 Schilling auf jedes Mitglied. Aber die Frage, die die Kleingärtner besonders berührt, ist, daß durch die ständigen Änderungen der Flächenwidmungen und die umfangreiche Bautätigkeit die Zahl der Kleingärten immer geringer wird. Man hat immer gesagt: Die Kleingärten sind die Kinder der Großstadt. Was soll man aber zu einer Mutter sagen, die sich so gegenüber ihren Kindern benimmt? Man wird den Eindruck nicht los, daß man viel zuwenig darnach trachtet, dem Bedürfnis der Wiener Bevölkerung nach Kleingärten Rechnung zu tragen. Der Redner greift einen Hinweis Professor Rainers auf, die bestehenden Kleingartenanlagen zu Erholungsparks auszugestalten.

In seinem Schlußwort gibt GR. Fürstenhofer der Hoffnung Ausdruck, der Berichterstatter werde im nächsten Jahr feststellen können, daß mehr Kleingartenland geschaffen wurde.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

In zehn Jahren eine Milliarde

Über Antrag, den Gesamtbetrag für die Gewährung zinsfreier Darlehen zur Instandhaltung von Mietwohnhäusern und für die Herstellung von Kanälen um 50 Millionen zu erhöhen, berichtet Vizebürgermeister Slavik (SPÖ). Er hebt hervor, daß diese Kreditaktion nun zehn Jahre läuft und dabei der Kreditrahmen von einer Milliarde erreicht wurde. Bedenkt man, zu welchen Bedingungen Kreditinstitute Kredite gewähren und vergleicht man das mit den Bedingungen dieser Aktion, so kann man sich ausrechnen, daß sich die Mieter pro Jahr 53,2 Millionen an Zinsen ersparen. Würde aber nur ein Teil dieser Reparaturen wegen zu hoher Belastungen nicht durchgeführt werden, so kann man sich vorstellen, wie unsere Wohnhäuser aussehen würden.

Eine Milliarde Schilling für die Instandsetzung unserer Wiener Wohnhäuser bedeutet, daß unser Stadtbild verschönt werden konnte, daß tausende Gewerbetreibende Aufträge bekommen und viele tausende Arbeitskräfte im Sommer und vor allem auch im Winter beschäftigt werden konnten.

GR. Hausner (KLS) meint, daß man auch die zweite Seite sehen müßte, wer diese Milliarde zurückzahlt. Wahrscheinlich steckt außerdem noch eine zweite Milliarde in Hausreparaturen. Die Mieter verlangen daher immer mehr, daß die von ihnen geleisteten Mietzinse in ihrer Gesamtheit für die Instandsetzung der Häuser verwendet werden.

Die Koalitionsparteien haben sich geeinigt, daß das ganze Problem des Wohnhausbaues bis Ende des Jahres entschieden werden soll. Wir sehen dem Ergebnis dieser Verhandlungen als Mieter mit großer Besorgnis entgegen. Wir sehen nicht ein, warum man ein so wichtiges Problem zu einer Geheimangelegenheit macht, und sind der Meinung, daß die Wiener Mieterschaft mobilisiert werden müßte, um das Dach der Wiener Bevölkerung zu sichern.

Gemeinderat Windisch (SPÖ) errechnete, daß durch die Kreditaktion mindestens fünfzigtausend Wiener Mietern bedeutende finanzielle Erleichterungen zuteil wurden. Damit sind fünfzehn Prozent aller Mieter im Laufe von zehn Jahren rund 500 Millionen Schilling an Zinsen erspart worden. Auch das Stadtbild gewann dadurch sehr.

#### Wohnhausbestand auch ohne Mietzinserhöhung gesichert

Damit erscheint die ständige Behauptung der Wiener Privathausbesitzer widerlegt, daß ihre Häuser ohne generelle Mietzinserhöhung dem Verfall preisgegeben seien. Wien hat mit seiner Kreditaktion ein Vorbild geschaffen, nach dem für das gesamte Bundesgebiet ein Reparatur-Ausgleichsfonds errichtet werden müßte. Wien verlangt darüber hinaus vom Bund mehr Mittel für den Wohnhausbau und vor allem für den Bau größerer Wohnungen. GR. Windisch zitierte Verteidigungsminister Dr. Prader, der anlässlich einer Wohnhauseröffnung feststellte, daß die ÖVP zu einer Erhöhung der Mietzinse weder ja noch nein sagen wolle.

Im September 1963 wurde vom Finanzminister die Beseitigung der einprozentigen Schuldscheingebühr und der 1,1-prozentigen Eintragungsgebühr, die auch bei dieser Kreditaktion entrichtet werden müssen, verlangt. Das hätte den Mietern rund 20 Millionen Schilling erspart. Die ÖVP hat diese Initiative jedoch nicht unterstützt, weshalb ihr kein Erfolg beschieden war.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

#### Erdgas aus Holland

GR. Jodlbauer (SPÖ) beantragte die Haftung der Stadt Wien für den Betrag von 20 Millionen Schilling als Darlehen für die Austria-Ferngas Ges.m.b.H.

GR. Adelpoller (SPÖ) gab dazu ausführliche Erläuterungen: Die heimischen Erdölfelder werden in etwa zwanzig Jahren versiegt sein. Die Zeit bis zur rationalen Ausnützung der Atomenergie muß überbrückt werden. Daher plant die Austria-Ferngas-Gesellschaft den Anschluß an ein Erdgasnetz, das aus Holland über Karlsruhe bis zu uns reichen soll. Vielleicht werden auch einmal die unermesslichen Erdgasvorräte der Sahara und des fernen Ostens in dieses Netz geführt werden. Dazu muß der Durchmesser der Erdgasrohrleitungen von gegenwärtig zweihundert Millimeter auf vierhundert Millimeter vergrößert werden, wozu das beantragte Darlehen nötig ist.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

#### Neue Rettungsstation

Stadtrat Primarius Dr. Glück (ÖVP) beantragt die grundsätzliche Genehmigung zum Bau einer neuen Rettungsstation in 17, Lidlgasse. Sie soll auf einer gemeindeeigenen Grundfläche errichtet werden, wofür dreihundert Quadratmeter vorzusehen sind.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) erläuterte das grundsätzliche Konzept des Wiener Rettungs- und Sanitätswesens. Schnelligkeit im Rettungsdienst und die Gewißheit, für jeden Kranken ein Spitalbett zu bekommen, sind dabei die wichtigsten Ziele. Zu ihrer Verwirklichung sollen die Rettungswagen auch mit einer Funkanlage ausgestattet werden. In den Randbezirken soll ein geschlossener

Ring von Rettungsstationen entstehen, die auch zeitgemäße Sozialräume für das Personal enthalten.

Nach einem kurzen Schlußwort des Berichterstatters Stadtrat Dr. Glück wurde der Antrag einstimmig angenommen.

#### Weitere Schwesternwohnungen

Über die Errichtung eines Schwesternwohnhauses im Preyer'schen Kinderspital berichtete GR. Nimmerrichter (SPÖ).

GR. Eleonora Hiltl (ÖVP) begrüßte diesen Schritt, der einem Mangelberuf attraktivere Aussichten geben soll. Ein krankes Kind braucht noch mehr Liebe, aber auch psychologisches und pädagogisches Verständnis von seinen Betreuern. Die Schwestern sollen eine eigene kleine Wohnstätte mit persönlicher Atmosphäre bekommen, in der sie sich erholen können. Die Rednerin erwähnte bereits die bestehenden Schwesternwohnungen im Franz Josef-Spital, im Rudolfs- und im Wilhelminenspital. Die vorgesehenen Schwesternwohnungen im Preyer'schen Kinderspital sollen 18,5 Quadratmeter groß sein, einen eingebauten dreiteiligen Kasten haben sowie über einen kleinen Baderaum verfügen. Damit kann für 52 Schwestern, die ein aufopferndes Leben führen, etwas getan werden.

Notwendig wäre freilich ein eigenes Gehaltsschema für Heil- und Pflegeberufe, damit die Schwestern, denen der Dank für ihre opfervolle Arbeit gebührt, auch das bekommen, was sie sich verdienen. (Beifall bei der ÖVP)

GR. Käthe Jonas (SPÖ) erinnerte daran, daß es bereits Schwesternwohnungen in Wilhelminen-, Franz Josef- und Rudolfsspital gibt, die praktisch und gesund eingerichtet sind. Bei der Planung der vorgesehenen Schwesternwohnungen ist es als ein Erfolg zu werten, daß jede Schwester ihren eigenen Dushraum haben wird. Überdies gibt es Leseräume mit den nötigen Büchern. Die Errichtung der Schwesternhäuser wird nicht nur die Arbeitsfreude dieser Berufsgruppe heben, sondern ist ein Beitrag im Interesse der Öffentlichkeit, um diesen Mangelberuf für junge Mädchen wieder etwas anziehender zu gestalten. (Beifall bei der SPÖ.)

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters GR. Nimmerrichter wurde der Antrag einstimmig genehmigt.

Lastenstraße 2. Bauabschnitt

Hierauf legte Stadtrat Heller (SPÖ) den Antrag vor, für das zweite Bauabschnitt der Tiefbauarbeiten zur Unterführung der Lastenstraße von der Volksgartenstraße bis zur Alser Straße 100 Millionen Schilling zu genehmigen. Die Arbeiten wurden öffentlich ausgeschrieben.

GR. Böhm (FPÖ) kritisiert, daß die Unterführung Lastenstraße nur ein Stückwerk sei. Nach einer Mitteilung des Bürgermeisters besteht nun die Absicht, eine Unterpflasterstraßenbahn vom Praterstern zur Oper und zum Karlsplatz zu führen. Soll auch das wieder ein Stückwerk werden, oder ist es nicht notwendig, ein Konzept zu schaffen? Oder soll das ein Superwahlschlager der SPÖ sein? Der heutige Stadtrat Bock hat seinerzeit gesagt, daß eine Unterpflasterstraßenbahn in der Innenstadt unreal sei, denn da würde die Innenstadt jahrelang Bauplatz und der Verkehr weiterhin schwerstens geschädigt sein. Bezüglich der Kostenfrage hat er erklärt, daß man der Bevölkerung nicht das unrealistische Versprechen machen sollte, daß wir eine Unterpflasterbahn bauen, denn wir werden es sehr lange nicht tun können. Es erhebt sich die Frage, können wir es der Bevölkerung jetzt anlasten? Können wir der Bevölkerung nicht erklären, daß die Gemeinde endlich darangeht, ein Gesamtkonzept zu machen?

Die Unterpflasterstraßenbahn soll unserer Meinung nach so gebaut werden, daß systematisch ein Ring geschlossen wird, daß tatsächlich die Möglichkeit besteht, die Außenbezirke an den Innenring anzuschließen.

In Erwiderung auf diese Vorhalte erklärt Stadtrat Heller im Schlußwort, daß der Gemeinderat bereits im November 1961 ein Städtebauliches Grundkonzept und einen zugehörigen Generalverkehrsplan beschlossen hat. Der Öffentlichkeit wurde auch bereits ein Netz für den Schnellbahnverkehr bekanntgegeben, ebenso ein Teil des in Ausarbeitung begriffenen Netzes einer Unterpflasterstraßenbahn. Es braucht eben einige Zeit, bis für ganz Wien ein solches Netz ausgearbeitet werden kann.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Personenaufzüge

Über den Einbau eines Personenaufzuges in einer städtischen Wohnhausanlage in Wien 15 mit einem Kostenaufwand von 360.000 Schilling, referiert GR. Billmaier (SPÖ).

GR. Windisch (SPÖ) verweist darauf, daß seit dem Jahre 1957 bis einschließlich Bauperiode 1963/64 32 Personenaufzüge nachträglich in städtische Wohnhäuser eingebaut wurden. 21 weitere sind in Bau. Damit wird nicht nur das Wohnen erleichtert, sondern auch das Bestreben verhindert, aus höher gelegenen Wohnungen herauszukommen. Es besteht noch die technische Möglichkeit, in 445 städtische Wohnhäuser Personenaufzüge nachträglich einzubauen. Leider ist nicht in allen Wohnhäusern ein Aufzugsschacht, sodaß sich erhebliche Schwierigkeiten und Kosten ergeben. Dennoch sollte man dieser Frage besondere Aufmerksamkeit widmen.

Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

#### Nachtragskredit für "Bellevue"

Berichterstatter Fürstenhofer (SPÖ) beantragte eine Überschreitung der Baukosten für das Ausflugsrestaurant "Bellevue" um 200.000 Schilling auf 21,2 Millionen Schilling.

GR. Peter (FPÖ) wiederholte die Bedenken der Freiheitlichen gegen die Errichtung eines Restaurants durch die Gemeinde. Als er im Zusammenhang mit der Genehmigung dieses Baues von einer "komischen Demokratie" sprach, ertönten zahlreiche Zwischenrufe aus den Bänken der sozialistischen Gemeinderäte.

Der Antrag des Berichterstatters wurde mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

#### Wiener Wasser für Ottakringer Bad

Über den Anschluß des Ottakringer Bades an eine Fernheizleitung der Müllverbrennungsanlage berichtete GR. Ing. Hofmann (SPÖ). Er hob hervor, daß dadurch die Badesaison im Frühjahr und im Herbst verlängert werden kann und so eine zweckmäßigere Ausnützung des Ottakringer Bades gewährleistet sein wird.

GR. Rösner (SPÖ) betonte, daß dieses Projekt auf Initiative der Ottakringer Vertreter entstanden ist und seine Durchführung bei der Ottakringer und Penzinger Bevölkerung größte Freude hervorruft. Die Müllverbrennungsanlage zeigt auch hier ihre zweckdienliche Verwertungsmöglichkeit. Das temperierte Wasser in Ottakringer Bad wird sicherlich den Badebesuch ausdehnen und neue Gäste anlocken. Darum sollte man auch die Möglichkeit einer Erweiterung dieses Bades nach der Ostseite hin prüfen. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Baukostenaufwand wurde einstimmig genehmigt.

Fußgängersteg für Flötzersteig

Stadtrat Heller (SPÖ) referierte dem Gemeinderat über den Neubau eines Fußgängersteiges über den Flötzersteig in Höhe der Steinbruchstraße. Er erwähnte dabei, daß die Ausgestaltung der Steinbruchstraße als Spazierweg in den Wienerwald die Frequenz dieses Überganges noch beträchtlich steigern wird.

GR. Pfösch (SPÖ) verwies darauf, daß schon jetzt der Autoverkehr am Flötzersteig sehr stark ist und der Fußgänger die Straße kaum mehr queren kann, ohne gefährdet zu werden. Im Bereich der Steinbruchstraße sollte man einen Fußgängerdistrikt schaffen.

Im Zusammenhang mit Unfällen in der letzten Zeit, meinte der Redner, im Augenblick scheinen die Verkehrsteilnehmer - die Autofahrer ebenso wie die Fußgänger - etwas undiszipliniert zu werden, und appellierte an beide Teile, gegenseitig Rücksicht zu üben. (Beifall bei der SPÖ.)

Das Bauprojekt wurde einstimmig angenommen.

Neue Tiefgarage

GR. Wagner (ÖVP) beantragte die Zustimmung zu einem Baurechtsvertrag zwischen der Stadt Wien und der Ersten Österreichischen Spar-Casse, betreffend den Bau einer Tiefgarage für 79 Einstellplätze in 1, Petersplatz.

GR. Ing. Lust (ÖVP) wies auf die Wichtigkeit eines forcierten Baues von Tiefgaragen in der Innenstadt hin. Auch die öffentliche Hand müsse durch Steuerermäßigungen, Kredite, Zinszuschüsse und Gebührenerlässe die Errichtung von Parkgaragen fördern.

Es wäre auch möglich, den Bau von Tiefgaragen mit der Errichtung von Schutzräumen im Dienste des Zivilschutzes zu kombinieren. (Zwischenruf Stadtrat Sigmund: Das ist sehr umstritten!) Für den Schutzraumbau wären auch Beiträge des Bundes flüssig zu machen. Leider seien Anträge der ÖVP, die sich auf die Lösung des Parkraumproblems beziehen, nicht entsprechend behandelt worden.

Der Baurechtsvertrag wurde einstimmig genehmigt.

Werkstättenhof in Favoriten

Über die Errichtung eines Werkstättenhofes in 10, Katharinen-gasse, mit einem Kostenerfordernis von 35,5 Millionen Schilling referierte Stadtrat Heller (SPÖ).

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strunz (ÖVP) hebt hervor, daß das erstmal ein neuer Werkstättenhof im bebauten Gebiet errichtet wird. Das ist vom städtebaulichen Standpunkt interessant, weil in einem Werkstättenhof die Anrainer weder durch Geruch noch Lärm belästigt werden dürfen. In Wien besteht bestimmt noch größerer Bedarf an solchen Werkstättenhöfen. Der Verein zur Förderung von Werkstättenhöfen führt in Liesing ein Projekt aus, auch am Hubertusdamm wurden bereits 65 Betriebe untergebracht. Jedenfalls wird Wien nicht in den Fehler mancher anderer Städte verfallen, die glaubten, man braucht für Handel und Gewerbe in Wohngebieten nicht vorzusorgen. Wenn Sanierungen vorgenommen werden, wenn Abbrüche von Häusern erfolgen, dann muß darauf Bedacht genommen werden, daß Gewerbe und Handel entsprechend untergebracht werden, es muß die Nahversorgung der Bevölkerung gewährleistet werden. Es ist denkbar, daß diese Werkstättenhöfe unsere Stadt einmal wie ein Netz überziehen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Jodlbauer (SPÖ) macht geltend, daß auf diesem Gebiet sehr viele Erfahrungen notwendig sein werden, um ein richtiges Konzept zu finden und Fehlinvestitionen zu vermeiden. Man darf nicht vergessen, daß sich das Gewerbe in Wien vielfach in ungesunden Werkstätten und Produktionsstätten eine Existenz aufgebaut hat. Fast zwei Drittel der Arbeiter und Angestellten Wiens finden in Klein- und Mittelbetrieben ihre Beschäftigung. Es wird Aufgabe aller gutwilligen Kräfte sein, das Problem dieser Betriebe zu lösen. Der Anfang ist nun gemacht, aber es wird noch sehr viel geschehen müssen. In diese Werkstättenhöfe gehören in erster Linie produzierende Gewerbebetriebe, vor allem solche, die aus den Wohngebieten herausgenommen werden müssen, weil sie durch Geruch, Lärm oder sonstige Belästigungen der Bewohner störende Elemente sind.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Schulverkehrsgarten

Stadtrat Heller (SPÖ) referierte über die Errichtung eines Schulverkehrsgartens an der Hauptallee im Prater.

GR. Ascherl (SPÖ) unterstrich den großen Wert der Aufklärung über das richtige Verkehrsverhalten für die Verkehrssicherheit. Diese Aufklärung ist besonders für Kinder notwendig. Der Schulverkehrsgarten stellt eine Ergänzung zu der Verkehrserziehung in den Schulen dar. Dadurch, daß die Hauptallee jetzt für den Kraftfahrzeugverkehr gesperrt wurde, ist das Gebiet um die Hauptallee - wie der Redner erklärte - erst so richtig zu einem Erholungszentrum geworden. Die Architekten mögen die Anlage so errichten, daß sie sich in das neue Erholungszentrum Prater gut einfügt. Möge dieser Schulverkehrsgarten dazu beitragen, daß die Zahl der Opfer der Straße immer kleiner wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Genehmigung durch den Gemeinderat erfolgte einstimmig.

Bezirkszentrum Donaustadt

Sodann berichtete Stadtrat Heller (SPÖ) über die Errichtung einer großen Wohnhausanlage am Kagraner Anger. Hier sollen in Montagebauweise 49 Wohnhäuser mit 1.098 Wohnungen errichtet werden. Der Bauentwurf sieht die Errichtung von elf neugeschossigen Wohnblöcken vor, von denen fünf in Ost-West-Richtung und sechs in Nord-Süd-Richtung orientiert sind. 648 Wohnungen haben eine Größe von je 62,2 Quadratmeter (zwei Zimmer), 434 Wohnungen von je 79,5 Quadratmeter (drei Zimmer) und 16 Wohnungen von je 94,85 Quadratmeter (vier Zimmer). Alle Wohnungen verfügen über Loggien.

Die Baukosten einschließlich Installation und Zentralheizung sind je Quadratmeter Wohnfläche mit 2.760 Schilling veranschlagt. Die voraussichtlichen Gesamtkosten sollen etwa 210 Millionen Schilling betragen.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) begrüßte die Errichtung dieser neuen großen Wohnhausanlage, stellte aber zur Erwägung, ob es bei der

./.

Montagebauweise nicht doch möglich wäre, etwas aufgelockerter und mit verschiedenen Variationsmöglichkeiten zu bauen. Die lichte Höhe dieser Wohnungen soll 2,50 Meter betragen, was einer Ausnahms-genehmigung bedarf. Wenn die Gemeinde schon meint, daß man mit dieser Höhe auskommt, dann sollte man auch die Bauordnung entsprechend ändern. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dr. Bohrann (SPÖ) führte aus, daß durch diesen Großbau für den 22. Bezirk ein Bezirkszentrum entstehen wird. Die Donaustädter betrachten die Schaffung eines solchen Zentrums als eine entscheidende Zäsur in ihrem Bezirk. Die Donaustadt wird dadurch auch ein Behördenzentrum und hoffentlich auch eine Mittelschule erhalten. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Heller unterstrich in seinem Schlußwort, daß die in Montagebauweise gebauten Wohnungen qualitativ das Beste sind, was derzeit in Österreich gebaut wird.

Nach Abrechnung der ersten 861 Wohnungen, die in Montagebauweise errichtet wurden, ergibt ein Vergleich mit Wohnhausbauten in traditioneller Bauweise eine Preisminderung um acht Prozent. Auch die Angebote der letzten Wochen zeigen annähernd die gleiche Differenz. Das Experiment mit dem Montagebau kann als gelungen bezeichnet werden. Dieser Bauweise gehört voraussichtlich die Zukunft des Massenwohnungsbaues. Im übrigen kann Wien beim derzeitigen Bautempo 1.200 solche Wohnungen im Jahr erzeugen.

Der Antrag wurde einstimmig genehmigt.

#### Reinigungspersonal für Spitäler

GR. Köchler (ÖVP) stellte den Antrag, einem Werkvertrag mit der Firma "Comes" Ges.m.b.H, zuzustimmen, der den Einsatz von Reinigungspersonal in den städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten vorsieht. Der Referent betonte, daß sich die Firma in Dienste der Gemeinde bereits bewährt hat und in der Lage ist, durch Beistellung von 300 Arbeitskräften dem drückenden Mangel an Reinigungspersonal abzuhelpfen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) erinnerte an die erfolglosen Anstrengungen der Gemeinde, Reinigungspersonal zu bekommen und zu halten.

Die Firma "Comes" sei nur deshalb in der Lage, 300 Kräfte anzubieten, weil sie einen Stundenlohn zahlt, der um drei Schilling über dem der Gemeinde liegt. Die Stadtverwaltung muß jedoch der Firma einen noch wesentlich höheren Betrag bezahlen. Es wäre billiger, dem eigenen Reinigungspersonal höhere Löhne zu bieten. Deshalb müsse die FPÖ-Fraktion dem Antrag ihre Zustimmung verweigern.

Die Vorlage wurde mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KPÖ angenommen.

#### Stipendienwerk

GR. Pfoch (SPÖ) erbat die Zustimmung zu einer Änderung der Richtlinien des Stipendienwerkes der Stadt Wien.

GR. Bittner (ÖVP) wies darauf hin, daß diese Änderung durch das Schulorganisationsgesetz 1962 und das Studienförderungsgesetz 1963 notwendig geworden ist. Da förderungswürdige Hochschüler nunmehr einen Rechtsanspruch auf Stipendien haben, können die bisher dafür aufgewendeten Mittel der Stadt Wien anderen Studierenden gewidmet werden.

Die neuen Richtlinien sehen eine Förderung von Schülern fast aller allgemein- und berufsbildenden mittleren und höheren Lehranstalten vor, die von der öffentlichen Hand erhalten werden. Nicht berücksichtigt sind dagegen die Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht.

Der Redner stellte daher den Zusatzantrag, alle mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Schulen der in den Richtlinien erwähnten Typen, also auch Privatschulen, in das Stipendienwerk einzubeziehen.

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) erinnerte daran, daß der Streit um die Funktion der Privatschulen bereits 95 Jahre alt ist. Das grundlegende Gesetz aus dem Jahre 1867 sieht bereits vor, daß private Institutionen Schulen auf eigene Kosten erhalten müssen. Diese lange Rechtstradition macht es unmöglich, das private Schulwesen noch über die derzeit bestehenden Möglichkeiten hinaus zu fördern.

Auch die Bundesgesetze sind einer endgültigen Lösung dieses Problems aus dem Wege gegangen. Daher muß die SPÖ-Fraktion dem Zusatzantrag die Zustimmung verweigern. Jedenfalls sei es positiv zu bewerten, daß die Stadt Wien ihre Studienförderungsmittel sofort sinnvoll umdisponiert habe. Sie will in besonderen Härtefällen auch Hochschüler fördern, ebenso wie studierende der zukünftigen pädagogischen Akademien. Außerdem ist die Subvention von kommunalpolitisch interessanten wissenschaftlichen Arbeiten und von Studienaufenthalten im Ausland vorgesehen.

Die abgeänderten Richtlinien wurden einstimmig beschlossen, der Zusatzantrag der ÖVP wurde abgelehnt.

#### Schaffung einer Verdienstplakette

Über die Stiftung einer "Verdienstplakette der Stadt Wien" für Personen, die sich um die Siedlungs- und Kleingartenbewegung besonders verdient gemacht haben, referiert Gemeinderat Pfoch (SPÖ)

GR. Fürstenhofer (SPÖ) würdigt die Tätigkeit der 320 Kleingarten- und 110 Siedlervereine und ihrer 2.500 Funktionäre, die Tag für Tag und Woche für Woche ihre Freizeit dieser sozialen Volksbewegung zur Verfügung stellen. Selbst auf internationaler Basis findet ihre Tätigkeit Beachtung. Darüber hinaus leisten die Siedler auch einen Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot, indem sie aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln Wohnungen schaffen.

#### Ansel in Gemeinderat

(Während dieser Ausführungen fliegt eine schwarze Ansel in den Saal, was den Redner zu der Bemerkung veranlaßt: Selbst der kleine Vogel will beweisen, daß wir für das Getier in unseren Gärten sorgen. - Inzwischen hat Berichterstatter Pfoch (SPÖ) den schwarzen Vogel eingefangen und Stadtrat Koci (SPÖ) setzt ihn aus dem Fenster eines Vorraumes des Sitzungssaales in Freiheit.)

Der Redner beschließt seine Ausführungen mit einem Dank für die durch die Stiftung der Plakette zum Ausdruck gebrachte Anerkennung und versichert, daß vor allem die Funktionäre dieser Vereine ihren Dank durch eine vorzügliche Leistung abstaten werden. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Der Antrag wird einhellig genehmigt.

Bilanz des Landwirtschaftsbetriebes

Hierauf legt StR. Schwaiger (ÖVP) die Bilanz des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien für das Wirtschaftsjahr 1962/63 vor, die mit einem Jahresgewinn von 1,036.000 Schilling abschließt.

GR. Maller (KLS) bittet unter Bezugnahme auf Zeitungsmeldungen, wonach der Pachtvertrag für die ehemaligen Habsburg-Güter nicht mehr verlängert werden soll, um Aufklärung, da sich die dort beschäftigten Landarbeiter Sorge um Arbeitsplatz und Wohnung machen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Hengl (ÖVP) erklärt, wenn man den Ertrag dieses Betriebes als Berechnungsgrundlage nimmt, dann hat ein mittlerer Bauer mit 20 Hektar einen Reingewinn von 14.000 Schilling im Jahr. Da er davon nicht leben kann, erhebt sich die Frage, wieso die Bauern trotzdem auf ihrer Scholle weiterarbeiten. Das beruht darauf, daß das Arbeitseinkommen des Bauern und seiner Familie nicht auf einer 45-Stunden-Woche, sondern auf einer wesentlich höheren Arbeitsleistung basiert. Man muß dem Bauern sehr danken, daß er trotz diesen Schwierigkeiten auf der Scholle bleibt und die Versorgung der städtischen Bevölkerung sichert. Es muß nicht eine Situation sein wie 1945, es genügt ein Streik im Hafen von Triest, um zu erkennen, welche große Versorgungsschwierigkeiten in Wien auftreten können. Das zeigt die Bedeutung der österreichischen und auch der Wiener Landwirtschaft.

abschließend setzt sich Dr. Hengl für die Schaffung eines Grundverkehrsgesetzes für landwirtschaftliche Schutzgebiete und die Umsiedlung jener Gartenbaubetriebe ein, die wegen der Vergrößerung der Großstadt weichen müssen. (Beifall bei der ÖVP.)

In seinem Schlußwort gibt StR. Schwaiger einen detaillierten Überblick über die Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft über die Verlängerung des Pachtvertrages, wobei er im Gegensatz zu einer Zeitungsmeldung ausdrücklich feststellt, daß das Ansuchen um Verlängerung des Pachtvertrages zeitgerecht gestellt wurde. Eine Entscheidung des Landwirtschaftsministeriums ist noch ausständig; sie ist allerdings dadurch irgendwie belastet, daß der niederösterreichische Landtag am 2. Juli einstimmig den Beschluß gefaßt hat, daß sämtliche Domänen zur Gänze für die Aufstockung klein-

bäuerlicher Betriebe verwendet werden sollen. Der Stadtrat schließt mit der Versicherung, daß man bemüht sein werde, das Bestmögliche für den Landwirtschaftsbetrieb herauszuholen.

Der vorgelegten Bilanz wird hierauf einstimmig die Genehmigung erteilt.

#### Neues Wiener Dampfkraftwerk

Stadtrat Schwaiger (ÖVP) legte hierauf den Antrag auf Errichtung einer neuen großen Dampfkraftanlage im Kraftwerk Simmering mit einem Kostenaufwand von 450 Millionen Schilling vor. Dieser Betrag soll im Kreditwege beschafft werden. Der neue Kraftwerkblock soll im Jahr 700 Millionen Kilowattstunden Strom liefern.

GR. Peter (FPÖ) anerkannte die Notwendigkeit der neuen Kraftwerksanlage, bezweifelte aber, ob man hierfür einen Kredit aufnehmen müsse. Müssten die E-Werke ihren jährlichen Reingewinn nicht dafür hergeben, das Defizit der Verkehrsbetriebe zu verringern, so hätte man die Investitionen vielleicht aus eigenen Mitteln vornehmen können.

Derzeit wird angeblich über Stromtariferhöhungen verhandelt. Man streitet sich herum, ob man die Erhöhung vor oder nach den Wahlen machen soll. Es wird hinter der Tuchent des Koalitionsbettes gepackelt, aber die dafür verantwortlichen Gemeinderäte wissen und hören nichts davon. Wie Wiener Bevölkerung will, daß man ihr endlich klaren Wein einschenkt.

GR. Kowarsch (ÖVP) unterstrich mit Nachdruck die Notwendigkeit, in Wien neue kalorische Werke zu errichten, da solche Investitionen für die Stromversorgung auf jeden Fall gerechtfertigt erscheinen.

Die Verbundgesellschaft erhöht die Strompreise, und die Gemeinde muß für den aus dem Verbundnetz bezogenen Strom einen höheren Preis bezahlen. Da 53 Prozent des Wiener Strombedarfs derzeit von der Verbundgesellschaft bezogen werden müssen, wird es dem letzten Zweifler wohl klar werden, daß Investitionen für eine eigene Stromerzeugung gerechtfertigt sind, denn der in den eigenen Werken erzeugte Strom kommt billiger als der Fremdstrom. Überdies wird sich die Wiener Kopfquote in den nächsten Jahren noch wesentlich erhöhen. Notwendig wäre die Erstellung eines langfristigen Finanzplanes für die

E-Werke. Aber auch der Leitungsausbau muß vordringlich betrieben werden, damit alle Bewohner zusätzliche elektrische Geräte anschließen können.

Bei der Stromerzeugung liegt das Geld auf der Straße, die Wiener E-Werke können es aber nicht aufheben, weil ihnen das Geld für die notwendigen Investitionen nicht bewilligt wird. Die ÖVP Fraktion stimmt gerne dem Bau der neuen Kraftanlage zu, weil diese Geldmittel zum Wohle der Wiener Bevölkerung nutzbringend angelegt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Stadtrat Schwaiger nimmt in seinem Schlußwort zu den Zeitungsnachrichten über bevorstehende Strompreiserhöhungen Stellung und erklärt: Minister Probst hat die Verbundgesellschaft aufgefordert, bei der Preisbehörde des Innenministeriums einen Antrag auf Erhöhung der Verbundstromtarife zu stellen. Die belieferten Landesgesellschaften, die dem dadurch entstehenden Mehraufwand nicht aus eigenem Sack zahlen wollen, haben daraufhin ebenfalls einen Antrag auf Erhöhung der Tarife gestellt. Die Verhandlungen sind aber noch nicht abgeschlossen.

Die sozialistische Darstellung, die die Verantwortung auf den für die Verkehrsbetriebe zuständigen Stadtrat abwälzen will, entspricht nicht den Tatsachen. Wie der Referent ausführt, habe er sich bis 26. Juli auf Urlaub befunden und sei von Wien aus angerufen worden. Es wurde ihm die Situation dargestellt und man habe ihm gesagt, man hätte über die Wünsche der Direktion dem Senatsrat Dr. Reisinger von der Finanzverwaltung und Vizebürgermeister Slavik berichtet. Daraufhin hätte das E-Werk den Auftrag bekommen, einen entsprechenden Antrag bereits für den Ausschuß und diese Gemeinderatssitzung auszuarbeiten. Stadtrat Schwaiger habe entgegnet, er wolle darüber nicht allein entscheiden, sondern zuerst seine Partei befragen. Daraufhin ist es zu dem in den Zeitungen verlautbarten Entschluß der Landesparteivertretung Wien gekommen. Vizebürgermeister Slavik: Bleiben Sie doch bei der Wahrheit! Ihnen ist nie gesagt worden, daß mir berichtet wurde!) Sie dürfen doch nicht glauben, daß Dr. Reisinger den Auftrag geben kann, die Strompreise zu erhöhen, entgegnet Stadtrat Schwaiger. (Vizebürgermeister Slavik: Dr. Reisinger hat nie einen Auftrag gegeben!)

Das Verhältnis zwischen Fremdstrom und Eigenstrom ist in Wien ungünstiger als in anderen Ländern. Der Eigenstrom kommt die Wiener jedenfalls billiger als der von der Verbundgesellschaft gekaufte Strom. Darum sollte sich Wien bemühen, mehr Eigenstrom zu produzieren. (Beifall bei der ÖVP.- GR. Lanc SPÖ: Wir haben doch keine eigenen Wasserkraftwerke!) Wir haben aber die Aufgabe, schließt Stadtrat Schwaiger, die Interessen des kommunalen Betriebes zu vertreten.

Bei der Abstimmung findet das 450 Millionen-Projekt einstimmige Annahme.

#### Rationalisierung bei der Stadtbahn

Stadtrat Schwaiger beantragte sodann eine Sachkrediterhöhung um 5,5 Millionen Schilling für die Umstellung auf "Totmann-Betrieb" bei der Wiener Stadtbahn. Die Summe soll durch Darlehen bedeckt werden.

Der immer drückender werdende Personalmangel der Verkehrsbetriebe zwingt dazu, die Fertigstellung der Totmann-Einrichtung zu beschleunigen. Mit den heute beantragten Mitteln könnte sie Mitte 1965 abgeschlossen sein.

GR. Haag (ÖVP) bezeichnete die Umstellung auf Totmann-Betrieb als eine echte Rationalisierungsmaßnahme in personeller und finanzieller Hinsicht. Sie amortisiert sich in fünf Jahren, weil dadurch 90 Arbeitskräfte eingespart werden. Sie ist daher auch unter der Voraussetzung sinnvoll, daß die Stadtbahn einmal anders aussehen wird. Darum hat die ÖVP-Fraktion schon 1961 die Totmann-Anlage gefordert.

Der Redner ging auf den bedrohlichen Personalrückgang bei den Verkehrsbetrieben ein und stellte fest, daß heuer in den ersten fünf Monaten ein Abgang von 99 Personen zu verzeichnen war. Er stellte an den Berichterstatter zwei Fragen bezüglich des technischen Betriebes der Stadtbahn.

GR. Adelpoller (SPÖ) stellte fest, daß die Totmann-Einrichtung keine Idee der ÖVP gewesen ist. Vielmehr hat der Sprecher seinerzeit selbst als ehemaliger Lokomotivführer die Maßnahme angeregt und einen diesbezüglichen Antrag bei der Ersparungskommission eingebracht.

Stadtrat Schwaiger sagte im Schlußwort in Beantwortung der Anfragen von GR. Haag, daß die Zugbegleiter bei der Stadtbahn keine ausgebildeten Zugführer sein müssen.

Die Fahrer der Stadtbahn könnten nur in den seltensten Fällen aus-  
hilfsweise als Straßenbahn-Zugsführer verwendet werden, weil sich  
beide Beförderungsmittel technisch stark unterscheiden.

Der Antrag des Referenten wurde einstimmig angenommen.

#### Modernisierung eines Kinderheimes

Über die Modernisierung und Generalinstandsetzung des Kinder-  
tagesheimes in Wien 19, Obkirchergasse, mit einem Erfordernis von 3,4  
Millionen Schilling referiert GR. Srp (SPÖ).

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) erklärt, daß sich dieses Tagesheim bei  
der Bevölkerung regen Zuspruchs erfreut, daß sie aber nun besorgt  
ist, wo sie ihre Kinder während der Restaurierungsarbeiten unter-  
bringen werden. Da eine diesbezügliche Anfrage an Frau Stadtrat  
Jacobi nur allgemein gehalten war, wiederholt der Redner die Frage,  
was konkret veranlaßt ist, um die Kinder in Ausweichlokalen unterzu-  
bringen. Weiter erinnert Dr. Schmidt, an den kürzlich gestellten An-  
trag der FPÖ, in städtischen Spitälern Kindergärten zu errichten,  
damit Schwestern, die Mütter sind, ihre Kinder unterbringen können  
und sie so im Dienste der Gemeinde gehalten werden können. Damals  
haben der Gesundheitsstadtrat und der Baustadtrat erklärt, es  
fehle an Personal, während Stadtrat Jacobi erwiderte, es handle sich  
nicht um die Personalfrage, es seien andere Gründe. Hier scheinen  
wieder Koordinierungsschwierigkeiten vorhanden zu sein, und es er-  
hebt sich die Frage; Ist nun genügend Personal vorhanden oder nicht?

In seinem Schlußwort erklärt Berichterstatter, Gemeinderat Srp  
daß für die Kinder in Döbling genügend Räume zur Verfügung gestellt  
werden. Für das Spitalpersonal sind Kindergärtenplätze in unliegenden  
Kindergärten zur Verfügung. In dieser Frage sind aber noch Ver-  
handlungen im Gange.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

#### Unterirdische Straßenbahn

Hierauf beantragt Stadtrat Heller, als Kostenaufwand für die  
Straßenbahntieführung am Wiedner Gürtel, Margaretengürtel und in der  
Kliebergasse 217 Millionen Schilling zu genehmigen.

Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP) begrüßt das Bauvorhaben und hebt  
hervor, daß mit dem Umbau des Matzleinsdorfer Platzes das zweite von  
drei Mauselöchern, die Favoriten von den übrigen Bezirken trennt,  
beseitigt wird.

Es ist aber bedauerlich, daß nicht schon beim ersten Umbau des Matzleinsdorfer Platzes dem Wunsch der Volkspartei entsprochen wurde, weil man sich dadurch viele Kosten erspart hätte. Es scheint eine Krankheit der Sozialistischen Partei zu sein, alle Vorschläge der Volkspartei, auch wenn sie noch so gut sind, abzulehnen, sie später aus der Lade zu holen und in etwas geänderter Form wieder auf die Tagesordnung zu setzen. (Stadtrat Bock, SPÖ: Man könnte auch sagen, alle Vorhaben der Sozialisten werden von Euch in Anträgen formuliert.)

Mit Bedauern muß man aber heute feststellen, daß im Zuge der Straßenbahntiefführung ein Plan durchgeführt wird, der bei den Bewohnern eines Teiles von Favoriten Ablehnung und Besorgnis auslöst. Die Gemeindeverwaltung besteht auf dem Plan, daß die Straßenbahnlinie 65 beim Hause Quellenstraße 158 wieder das Straßenniveau erreicht und weiter durch die Knöllgasse, vorbei am Wasserreservoir, zur Endstation geführt werden soll. Dadurch muß das Haus Quellenstraße 158 abgerissen und die Bewohner müssen abgesiedelt werden, für die Schüler der zwei Schulen in der Knöllgasse entsteht eine Gefährdung und die Besucher des Franz Josef-Spitals sind gezwungen, einen längeren Weg zurückzulegen, um die Triester Straße zu übersetzen. Würde man das Stück von der Quellenstraße bis zur Raxstraße ebenfalls als Unterpflasterbahn führen, dann wäre das Problem mit einem Schlage gelöst. Sollte jedoch dieser Vorschlag gegen den Willen der Favoritner nicht verwirklicht werden, dann möge darauf geachtet werden, daß die Bewohner des Hauses Quellenstraße 158 voll entschädigt werden und daß die Schulkinder und die Spitalsbesucher ihr Ziel ohne Gefährdung erreichen können. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Hahn (ÖVP) bezeichnete das Verkehrsprojekt Matzleinsdorfer Platz als einen gewaltigen Schritt vorwärts zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrs, wenn auch die Verkehrsteilnehmer bis zum Jahre 1968 noch allerhand auf sich zu nehmen haben werden.

Die heutigen Beschlüsse des Wiener Gemeinderates bringen bereits für die Jahre ab 1966 Bindungen von Budgetmitteln in Milliardenhöhe. Darum ist es nicht einzusehen, warum der ÖVP-Antrag auf Ausarbeitung eines langfristigen Investitionsprogrammes abgelehnt wurde. Fast sämtliche Großstädte bedienen sich heute langfristiger Investitionspläne. (Beifall bei ÖVP.)

GR. Sailer (SPÖ) rechnete den Gemeinderäten vor, daß jeder 16. Wiener täglich über den Matzleinsdorfer Platz kommt. Als neue Verkehrserreger sind auch einige größere Betriebe zu verzeichnen, die sich bei der Triester Straße angesiedelt haben.

Der Matzleinsdorfer Platz in der heutigen Gestalt wurde 1951 gebaut. Damals sind in Favoriten noch die Russen und in Margareten noch die Engländer gesessen. Was die Knöllgasse betrifft, so ist es erträglicher, aus ihr eine Straßenbahngasse zu machen, als die Autofahrer zu veranlassen, bei Verstopfung der Triester Straße in die Knöllgasse auszuweichen. Die SPÖ wird dem Antrag zustimmen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Auch Stadtrat Heller kommt in seinem Schlußwort auf die immer wieder gehörte Kritik an der ersten Ausbaustufe des Matzleinsdorfer Platzes zurück und erklärt: Es ist nicht so, daß der erste Ausbau jetzt eine Kostenerhöhung für den zweiten Ausbau bedingt, sondern es ist sogar das Gegenteil festzustellen. Hätte man damals die Straßenbahn bereits unter die Erde verlegt, dann wäre der Umbau, wie er jetzt vorgesehen ist, nicht oder nur unter Aufwendung sehr hoher zusätzlicher Mittel überhaupt möglich. Der Umbau vor 13 Jahren war damals ausreichend, und die verantwortlichen Planer haben weitschauend den gesamten Matzleinsdorfer Platz einbautenfrei belassen.

Bezüglich der Straßenbahnführung durch die Knöllgasse hat die Gemeinde auf keinem bestimmten Plan bestanden, sondern hat ein ganzes Heer von Technikern sprechen lassen, die die jetzige Lösung als die vernünftigste und zweckmäßigste bezeichnet haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

#### Nachtragskredit

GR. Pfösch (SPÖ) beantragte eine Sechskrediterhöhung um 1,795.000 Schilling für den Ausbau des Hauses der Begegnung, 6, Loquaipplatz 8, wobei eine Million heuer und der Rest im Jahr 1965 flüssiggemacht werden sollen. GR. Pfösch begründete das Mehrerfordernis durch verschiedene Änderungen, die sich während des Baues dieses Mehrzwecksaales ergeben haben.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) kritisierte, daß eine Erhöhung von 33 Prozent der ursprünglich angenommenen Baukosten dem Gemeinderat erst nach

Vollendung der Arbeiten vorgelegt werde. Er könne es nicht glauben, daß es sich dabei um unvermeidbare und nicht vorhersehbare Ausgaben gehandelt habe (Zwischenruf Vizebürgermeister Slavik: Es ist doch ein altes Haus!)

Berichterstatter GR. Pfösch knüpfte an den Zwischenruf an und stellte fest, daß ein Wassereinbruch, eine notwendig gewordene Quellfassung, Pfeilerunterfangungen und Pfeilerbeseitigungen sowie Lohn- und Materialpreiserhöhungen und Absiedelungskosten den Mehraufwand nötiggemacht haben.

Die beantragte Erhöhung der präliminierten Kosten wurde mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

#### Anfrage der FPÖ

Nach diesem letzten Punkt der Tagesordnung wurde die dringliche Anfrage der FPÖ behandelt. Der Anfragsteller, GR. Dr. Hirnschall, (FPÖ) begründet seine Anfrage und regte Maßnahmen zur Reduktion der Preise auf der WIG und eine Ausdehnung der begünstigten Familientage auf einzelne Wochenenden an.

Der Gemeinderat erkannte der Anfrage einstimmig die Dringlichkeit zu, worauf sie verlesen wurde. Sie lautet:

"Nach Ablauf von mehr als der Hälfte der Ausstellungsdauer der WIG muß befürchtet werden, daß die erhoffte Zahl von 3,5 Millionen Besuchern nicht erreicht werden kann. Einen maßgeblichen Anteil an dieser unerfreulichen Entwicklung haben die ständigen Preisexzesse auf dem WIG-Gelände, von denen die Presse zu berichten weiß. Hierbei hat es den Anschein, als ob die Ausstellungsleitung sich gegen derartigen Übergriffen passiv verhält, ja sie mitunter geradezu toleriert. So hat es in den letzten Wochen besondere Empörung unter den Ausstellungsgästen hervorgerufen, daß mit Billigung der Ausstellungsleitung auf dem WIG-Gelände versucht wird, die Besucher zur Abnahme eines offiziellen WIG-Abzeichens zu einem etwa zehnfach überhöhten Preis von 15 Schilling zu bewegen. Die Entrüstung über diesen neuerlichen Preisexzeß hat in zahlreichen Leserbriefen an die Zeitungen ihren Niederschlag gefunden. Da derartige Vorfälle geeignet sind, den Erfolg der WIG 1964 zu beeinträchtigen und das Ansehen der Stadt Wien schädigen, stellen die unterfertigten Gemeinderäte an den Herrn Bürgermeister nachfolgende Anfrage:

./.

Ist der Herr Bürgermeister bereit, der WIG-Ausstellungsleitung ein energisches Vorgehen gegen diese Preisexzesse nahezu legen?"

Bürgermeister Jonas fragte Dr. Hirnschall, ob es ihm recht sei, wenn er dieser Anfrage sofort seine Antwort erteile. Auf die Zustimmung des Anfragestellers erklärte Bürgermeister Jonas kurz und bündig: "Ja, ich bin einverstanden!"

#### Abschlußrede des Bürgermeisters

Nach Abschluß der Verhandlungen gab Bürgermeister Jonas anläßlich der zu Ende gehenden Funktionsperiode des Wiener Gemeinderates einen großen Rechenschafts- und Leistungsbericht (Wir veröffentlichten seine Ausführungen, die mehrmals von Beifall unterbrochen und am Schluß von den Koalitionsparteien mit anhaltendem Applaus bedacht wurden, auf den Seiten 2050 bis 2064 der "Rathaus-Korrespondenz".)

Nach Schluß der Sitzung sprachen die Gemeinderäte Dr. Stermer (SPÖ), Mühlhauser (ÖVP), Dr. Schmidt (FPÖ) und Maller (KLS) im Namen ihrer Fraktionen Bürgermeister Jonas den Dank und die besten Wünsche aus.

(Ende des Sitzungsberichtes)